Januar 2018
Nummer 417 – K 12858 / 3,80 €

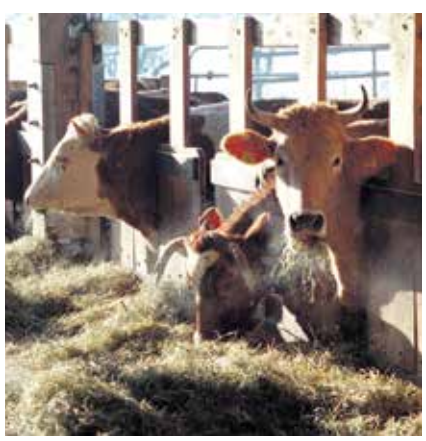
# unabhängige Bauernstimme

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Schröder/pixelio

Weichenstellungen für die Agrarpolitik - für Ackerbau und Tierhaltung. Dazu muss Förderung auf gesellschaftliche Leistungen und auf den Erhalt der vielfältigen Höfe ausgerichtet werden.

Die Import- und Exportlogik treibt bäuerliche Betriebe weltweit in Abhängigkeiten durch Überproduktion und Verdrängungswettbewerb. Dagegen hilft nur auf qualifizierten Handel zu dringen.



Markt oder Politik - wer bringt den Umbau der Tierhaltung voran? Bisher ist der Handel der Treiber - Politik muss ordnen, klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die Betriebe schaffen.

# Agrarpolitik gestalten

**Die Seite 3**

„Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik jetzt einleiten." . . . . . 3

**Agrarpolitik**

„Kritische Masse konservativer Kräfte" . . . . . 4
Glyphosatverbote durch Handel und Kommunen. . . . . 4
Zuviel, viel zuviel . . . . . 5
Europa muss Verantwortung übernehmen . . . . . 6
Milchmarkt fordert Gegensteuern . . . . . 7

**Bewegung**

Wille und Geld . . . . . 8
Bäuerin, warum? . . . . . 9
Mehr als ein Tag „Ringelschwanz-Freiluft-Strohschwein" . . . . . 10
Ackern, ackern, ackern ... als bäuerliches Motto? . . . . . 16
Viel mehr als ein Vertrag. . . . . 17
Der Aufwand hat sich gelohnt . . . . . 19

**Schwerpunkt**

Es muss gehandelt werden . . . . . 11
Wieder Vielfalt üben . . . . . 12
Milch: Von Süd nach Nord. . . . . 13

Zu Besuch bei Elisabeth Fresen, Seite 9, Gentechnik, Seite 15, Hofportrait, Seite 18; Lesen, Seite 20; Leserbriefe, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

## Liebe Abonnentinnen und Abonnenten,

für 2018 möchten wir Sie auf zwei Änderungen aufmerksam machen. Aufgrund steigender Betriebskosten erhöhen wir den Preis für das Jahresabo. Details entnehmen Sie bitte dem Coupon auf der Seite 24. Diesen Wermutstropfen verbinden wir aber mit einem kleinen Bonbon. Ab dieser Ausgabe gestalten wir die vier Schwerpunktseiten bunt.

*Mit freundlichen Grüßen, Geschäftsführung und Aufsichtsrat*

# Wir sehen uns in Berlin!

Es ist mittlerweile die 8. „Wir haben es satt" Demonstration, zu der die AbL gemeinsam mit zahlreichen anderen Verbände aufruft. Die Demo 2017 war im Jahr der Bundestagswahl als sehr wichtig erachtet worden, aber für 2018 war nicht immer klar, welches Format der Protest anlässlich des Ministertreffens zur Grünen Woche haben soll. Jetzt ist sie wichtiger denn je geworden, denn es ist unwahrscheinlich, dass bis zum 20. Januar eine neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen haben wird. Dabei hat es Hoffnungen gemacht, was in den geplatzten Jamaika Verhandlungen im Bereich Landwirtschaft sondiert worden ist. Viele von uns geforderten Punkte waren Bestandteil der Papiere. Sie waren es nur, weil wir immer wieder für eine bäuerliche, tiergerechtere und ökologischere Landwirtschaft streiten, deren Leistung von Politik und Gesellschaft auch honoriert werden.

Aber so sehr die Diskussionen in der Politik, in der Wissenschaft und in der Gesellschaft auch Hoffnung machen, stecken wir noch in vielen Bereichen im alten System, und es gibt viele Bestrebungen, es auch so zu lassen. In Niedersachsen, dem Bundesland mit den meisten Hühnern und Schweinen, hat der bisherige Landwirtschaftsminister versucht, den von seinem Vorgänger übernommenen bundesweit ersten Tierschutzplan mit finanziellen Anreizen für die Tierhalter voran zu bringen. So werden Prämien für intakte Ringelschwänze bei den Schweinen und Ferkeln bezahlt, das freie Abferkeln von Muttersauen wird ebenso honoriert wie der Verzicht des Schnabelkupierens bei den Hühnern. Viele konventionelle Betriebe haben sich auf den Weg gemacht, um zu schauen, wie sie ihre Ställe so gestalten können, dass sie die Bedingungen einhalten. Es ist eine Blaupause für alle Bundesländer. Allerdings kündigt die neue niedersächsische Landwirtschaftsministerin in einem Interview an, den Tierschutzplan ihres Parteikollegen erst einmal pausieren zu lassen, und bei den Förderungen die Frage zu stellen, inwieweit sie denn dem Tierwohl dienen. Zur Ermutigung der Landwirte, sich in Richtung Tierschutz zu bewegen, tragen solche Kehrtwenden nicht bei, zumal viele von ihnen aufzeigen, wie es gehen kann. Vor einem Jahr hat der Bundeslandwirtschaftsminister angekündigt, ein staatliches Tierwohllabel in Deutschland einzuführen, was in einer verbindlichen Haltungskennzeichnung münden soll, ähnlich wie bei den Eiern. Zwar sind seit ein paar Monaten Kriterien veröffentlicht. Wie und wann das Label umgesetzt werden soll, ist allerdings immer noch unklar.

Eine von uns seit 25 Jahren an den Pranger gestellte Ungerechtigkeit, nämlich, dass 80 % der EU Direktzahlungen an 20 % der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU gehen, scheint in Ansätzen Gehör im Landwirtschaftsministerium zu finden. So wird im Grünbuch des Bundeslandwirtschaftsministers angeregt, kleine und mittlere Betriebe besser zu unterstützen. Leider wird von dieser Möglichkeit, die es jetzt schon in Deutschland gibt, nämlich Gelder zugunsten der kleinen Betriebe umzuschichten, kaum Gebrauch gemacht. Unsere Landwirtschaft ist in den letzten 30 Jahren in die Richtung beraten worden, immer größer und damit produktiver zu werden. Dies hat nicht nur zu vielen Betriebsaufgaben geführt, es geht damit auch ein enormer Artenschwund einher und ein Verlust von Akzeptanz in der Bevölkerung. Um wieder eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft zu bekommen, wird es nicht reichen, den Verbrauchern zu erklären, was man da macht. Es muss sich was ändern, um Artenschwund, belastetes Trinkwasser und eine nicht artgerechte Nutztierhaltung zu stoppen.

Es wird sehr stark von uns abhängen, ob diese Veränderungen von einer neuen Bundesregierung angepackt werden, ob sie im Koalitionsvertrag mit aufgenommen werden. Wichtig dabei ist, dass wir zeigen, dass Bauern und Gesellschaft gemeinsam für eine andere Agrarpolitik stehen. Wir sehen uns alle in Berlin!

*Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender*

# „Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik jetzt einleiten!"

SPD-Fraktionsvize für Landwirtschaft und Umwelt, Matthias Miersch, zu neuen und alten Herausforderungen

***Unabhängige Bauernstimme: Sie machen sich für Kooperationen in Sachthemen auch jenseits einer starren Koalition stark. Könnte der Umbau der Landwirtschaft – der Tierhaltung wie auch des Ackerbaus, Stichwort Glyphosatausstieg – da nicht ein großes, interfraktionelles Projekt sein, mit dem die Politik beweisen kann, dass sie gesellschaftliche Wünsche und Ansprüche demokratisch ernst nimmt und sich nicht von Klientelpolitik treiben lässt?***

Matthias Miersch: Viele Anliegen aus dem Bereich Landwirtschaft und Umwelt sind auf Langfristigkeit angelegt. Da ist es sicherlich schwierig, wenn über wechselnde Mehrheiten Entscheidungen herbeigeführt werden, die dann in der nächsten Legislaturperiode wieder revidiert werden. Der Paradigmenwechsel in der Gemeinsamen Agrarpolitik ist in der Tat etwas, das jetzt unbedingt eingeleitet werden muss. Dabei handelt es sich um einen sehr konkreten Punkt. Wir müssen Klimaschutz, Tierwohl, Biodiversität und die Strukturen des ländlichen Raumes besser fördern!

***SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks mischte sich in die Debatten um die zukünftige Agrarreform ein, bei der sie Zahlungen stärker als bisher an öffentliche Leistungen binden möchte. Es gibt aber auch eine starke Fraktion derer, die am liebsten alles so lassen wollen, wie es ist. Was sind für Sie agrarpolitische Leitlinien für die nächste Agrarreform?***

Ich bin da generell bei Martin Schulz, der ja auch das Zwei-Säulen-Modell und die einseitige und damit ungerechte Förderung der Landbewirtschaftung in Frage stellt. Wir brauchen eine echte Reform der GAP, die am Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" ausgerichtet wird. Das „Immer höher, immer weiter" in der Landwirtschaft muss durchbrochen werden. Es gibt berechtigte gesellschaftliche Ansprüche an die Art und Weise, wie bei uns Lebensmittel produziert werden, die in der Agrarförderung Berücksichtigung finden müssen.

***Was halten Sie davon, im Zuge der von der EU-Kommission geplanten größeren nationalen Spielräume bei der GAP noch weiter zu regionalisieren und Mittelumverteilungen innerhalb der Bundesländer zu fixieren? Würde man damit nicht der Kappungs- und Degressionsdebatte in den neuen Bundesländern, bei der auch Ihre Parteikollegen dort ablehnend reagieren, die Schärfe nehmen können?***

Wir haben in den ostdeutschen Bundesländern eine andere landwirtschaftliche Struktur als im Rest der Republik. Daher habe ich auch Verständnis für die genossenschaftlichen Betriebe, die nun Sorgen haben, dass ihnen durch eine betriebsgrößenabhängige Kappung und Degression das Wasser abgegraben wird. Auch diesen Betrieben muss im Rahmen der Regionalisierung Rechnung getragen werden. Allerdings habe ich auch gerade den Eindruck, dass die EU-Kommission noch nicht mit einer Stimme spricht. Daher muss Deutschland seinen Einfluss geltend machen, damit etwaige Regionalisierungen europaweit für die übergeordneten Ziele wie Klimaschutz, Tierschutz, Artenvielfalt, Erhalt bäuerlicher Familienbetriebe genutzt werden. Nicht umsonst gibt es für zentrale Umweltbereiche europäische Grundlagen mit verpflichtenden hohen Standards, wie beispielsweise die Wasserrahmenrichtlinie oder die Regelung zum Nitrateintrag. Diese müssen zwingend eingehalten werden.

***In der Tierhaltung gibt es parteiübergreifende Übereinstimmung dazu, dass sich etwas ändern muss. Basierend auf dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates zur gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung gab es bei den Jamaika-Sondierern Gemeinsamkeiten hinsichtlich eines staatlichen Tierwohllabels und Umbauprogramms, welches mit erheblichen finanziellen Mitteln – Milliarden – umgesetzt werden sollte. Können Sie da mitgehen?***

Aus meiner Sicht geht dieser Punkt in die richtige Richtung. Allerdings muss man auch sehen, dass Papier geduldig ist. Ein Tierwohllabel hatte Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ja schon vor der Bundestagswahl präsentiert. Leider war dieser Vorschlag ziemlich inhaltsleer. Ein gut gemachtes Label muss den Verbrauchern Transparenz für ihre Kaufentscheidungen und den Landwirten Planungssicherheit bringen. Darüber hinaus müssen die Landwirte gesellschaftlich gewünschte Veränderungen umsetzen und dabei von

Matthias Miersch Foto: Die Auslöser

staatlicher Seite stärker unterstützt werden. An dieser Stelle muss man prüfen, welche Finanzierungen aus den vorhandenen Töpfen auch aus der EU möglich sind. Meiner Meinung nach werden die aktuell vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um einen flächendeckenden Umbau in der Tierhaltung umzusetzen. Hier muss der Staat die nötigen Voraussetzungen schaffen.

***Was sind weitere Schwerpunkte in der zukünftigen SPD-Agrar- und Umweltpolitik aus Ihrer Sicht?***

Wir brauchen ein echtes und ehrliches Umdenken. Viel zu lang wurde im Agrar- und Umweltbereich nur auf Sicht gefahren und die notwendigen Reformen stets aufgeschoben oder verwässert. Damit haben wir weder dem Berufsstand noch der Gesellschaft oder dem Umwelt- und Klimaschutz einen Gefallen getan. Daher wird die Hauptaufgabe sein, auf eine wirksame und moderne Gemeinsame Agrarpolitik hinzuwirken, die ganzheitlich die Herausforderung annimmt und als Chance begreift. Wir werden damit den Strukturwandel nicht aufhalten können. Doch unser Anspruch muss sein, dass wir ihn sozial und ökologisch gestalten.

National werden wir uns dafür einsetzen, dass neben sicheren Einkommen sich die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in der Land- und Ernährungswirtschaft verbessern. Wir wissen, dass hier viel zu tun ist: Von mitarbeitenden Familienmitgliedern bis hin zu dringend benötigten Saisonarbeitern braucht die Landwirtschaft praxistaugliche Regelungen. Gerade in Anbetracht der demografischen Zeitbombe in der Agrarwirtschaft brauchen wir kreative und sozialdemokratische Antworten auf die Frage, wie wir unsere Kulturlandschaft in Zukunft noch bewirtschaften wollen.

***Vielen Dank für das Gespräch!*** *cs*

## Wir sehen uns in Berlin!

Na, schon den Demoanzug gebügelt und die Luft aufgepumpt? „Wir sind es auf den Höfen gewohnt, neue Herausforderungen anzunehmen", heißt es im Demoaufruf zur Wir-haben-es-satt-Demo am 20. Januar in Berlin: „Vier weitere verschenkte Jahre in der Agrarpolitik? Das können wir uns nicht leisten. Doch wer etwas verändern will, legt sich mit der mächtigen Agrarlobby an. Schluss damit: Die Politik muss endlich den Interessen der Menschen folgen, statt Konzernen zu mehr Macht zu verhelfen. Deswegen müssen wir – die kraftvolle, bunte, lautstarke Bewegung – den Konzernen die Stirn bieten und die nächste Regierung in die Pflicht nehmen." *cs*

*Infos, Fahrgemeinschaften, Blankenfelde: www.wir-haben-es-satt.de/trecker*

# „Kritische Masse konservativer Kräfte“

## EU-Kommissionsmitglied zu Reform und Punktemodell

Mit jeder Reform sei die gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) komplizierter geworden, konstatierte Martin Scheele auf der Agrarpolitischen Tagung der AbL im Rahmen der Bundesmitgliederversammlung. Und je klarer ein Konzept sei, das von außen in den Reformprozess zur neuen Agrarreform hereingegeben werde, desto größer seien die Chancen, dass es dort aufgenommen werde. Denn auch die EU-Kommission ist seit Jahren der Kritik ausgesetzt, dass die GAP zu bürokratisch sei bei gleichzeitig nur sehr eingeschränkter Wirksamkeit hinsichtlich der festgelegten Ziele. Sie veröffentlichte nun Ende November ein Papier zur neuen Reform, das eher vage bleibt. Scheele benannte übergeordnete Ziele für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum Europas, die die EU mit ihrer Politik verfolgt: Krisenfestigkeit, Verbesserung der Wissensbasis, aber auch eine Verbesserung der Orientierung an Umwelt- und Klimazielen und des sozioökonomischen Zusammenhalts ländlicher Räume. Er stellte auch dar, dass es die Idee der Kommission sei, mehr Kompetenz in der eigentlichen Programmgestaltung in die Hand der Nationalstaaten oder gar Regionen zu geben. Damit soll zukünftig verhindert werden, so Scheele, was jetzt schon Realität ist, dass nämlich Mitgliedsländer Mittel für Fördermaßnahmen gar nicht abrufen, weil sie Sorge haben, durch Umsetzungsfehler der Maßnahmen finanziell abgestraft zu werden. Gleichzeitig entfaltete Scheele das Dilemma der Kommission, die einfache oder vage Vorschläge vorlegt, welche dann im folgenden Verhandlungsprozess zu wirkungslosen oder sogar falsch wirkenden, komplizierten Bürokratie-Monstern aufgeblasen werden. Auch weil alle, die meinen mitreden zu wollen und zu müssen, nicht nur von inhaltlichen Gründen angetrieben werden, denn Brüssel ist auch ein Strategiespiel, in dem es um Handel, Macht, Einfluss und Gesichtsverlust jenseits der Inhalte geht.

Die EU-Kommission sieht laut Scheele einen Handlungsbedarf in Sachen Fairness und gesellschaftlicher Ansprüche an die GAP.

### Gute Gründe

„Die derzeitige Verteilung der Direktzahlungen ist schwer zu begründen“, sagte er trocken, jeder Euro müsse aber inzwischen eine Begründung haben, das verlangten die Menschen in Europa. Außerdem seien „Entscheidungen, die sich an kurzfristigen Märkten orientieren, nicht immer langfristig nachhaltig“, sagte ein ganz offensichtlich sehr diplomatisch agierender Kommissionsvertreter. Klima, Umwelt, aber auch soziale Kriterien wie ein faires Einkommen sollen künftig eine größere Rolle spielen, wenn es nach dem Willen der Kommission geht. Das Punktemodell der AbL scheint da geeignet, wenn Scheele es auch für zu kompliziert und wenig transparent hält, um im großen europäischen Kontext zu überzeugen. Aber komme es tatsächlich zu der von der Kommission gewollten Regionalisierung der GAP, sieht er so ein Modell als national passend. Er warb dafür, die Idee der stärkeren nationalen Spielräume zu nutzen, da man nicht glauben solle, dass alles besser werde, wenn Brüssel bis ins letzte über die gesetzlichen Regelungen verfüge. Bevor allerdings zu viel Euphorie aufkommen konnte, sagte er noch, dass es eine kritische Masse konservativer Kräfte in der landwirtschaftlichen Interessenvertretung und Administration gebe, „die denken, alles könne so bleiben, wie es ist“. Schon jetzt gebe es Mitgliedsländer, die mit Agrarumweltmitteln der zweiten Säule mehr hätten tun können als nur Ausgleichsmaßnahmen zu finanzieren, haben sie aber nicht. Und Veränderungsbereitschaft signalisierten nicht die klassischen Bauernverbände. Scheele machte allerdings klar, dass zukünftig ein „ernsthafter Nachweis des Erreichten“ von der EU-Kommission nachgefragt werde. Schließlich werde das Geld eher weniger als mehr und die Agrarpolitik agiere nicht mehr von der Gesellschaft unbeobachtet. *cs*

# Glyphosatverbote durch Handel und Kommunen

## Fakten schaffen durch regionale Verbotsinitiativen muss finanziell ausgeglichen werden

Der umstrittene Alleingang von Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), der Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre zuzustimmen, hat die heftigen Diskussionen um diesen Wirkstoff weiter angeheizt. Ein vorzeitiger Ausstieg in Deutschland scheint denkbar, und ganz konkret fordern jetzt Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte von ihren zuliefernden Landwirten, auf Glyphosat zu verzichten. Vorreiter ist hier die Molkerei Berchtesgadener Land, die den Verzicht auf Totalherbizide mit der Fortführung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie begründet. Mit deren Hilfe hat Berchtesgadener Land sich in den letzten Jahren eine gute Marktposition erarbeitet, die selbst in der Milchkrise noch wesentlich höhere Auszahlungspreise ermöglichte als bei Konkurrenzmolkereien. Dieser Mehrerlös ist als Ausgleich für den Verzicht auf Glyphosat auch nötig, denn dieser erschwert und verteuert die Produktion. Problematisch würde es also, wenn Handelspartner den Verzicht ohne Ausgleich der höheren Kosten verlangen. Diese Tendenz ist beim Handel durchaus zu befürchten, denn auch andere Qualitäts- und Nachhaltigkeitsanforderungen werden gerne mal ohne Kostenausgleich verschärft. Aktuell hat der Discounter Aldi ein schreiben an seine Zulieferer der Eigenmarke geschickt, in dem er den Einsatz und möglichen Verzicht auf Glyphosat abfragt.

Ilchmann, für bäuerliche Landwirtschaft in Berlin Foto: Schievelbein

### Pachtauflagen

Auch Kommunalpolitiker haben das brisante Thema entdeckt, um sich damit öffentlichkeitswirksam zu profilieren. So hat die Gemeinde Artland in Niedersachsen einen Beschluss gefasst, auf gemeindeeigenen Pachtflächen den Bewirtschaftern den Verzicht auf Glyphosat vorzuschreiben. Weitere Gemeinden werden diesem Beispiel wohl folgen; unter grünen Kommunalpolitikern in Niedersachsen kursiert bereits ein Antragsentwurf gleichen Inhalts, den sie in Gemeinderäte einbringen sollen. Mit solchen kommunalen Verboten entsteht aber ein Flickenteppich, bei dem die Pächter von Gemeindeflächen wirtschaftlich benachteiligt werden. Wenn sie einen Beschluss zum Glyphosatverzicht fassen, sollten Gemeinderäte im Gegenzug den Landwirten zumindest eine Pachtpreisermäßigung gewähren; das wäre ein positives Signal, dass die Gesellschaft einen von ihr gewünschten Wandel in der Landwirtschaft auch finanziell unterstützt. Klar muss sein: Glyphosatverzicht kostet Geld, wie alle gesellschaftlichen Forderungen an die Landwirtschaft. Er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nicht einseitig den Landwirten aufgebürdet werden. *Ottmar Ilchmann, Milchbauer und Vorstand AbL-Niedersachsen*

Immer schön auf der Straße bleiben, zumindest in Schleswig-Holstein Foto: Joskin

# Zuviel, viel zuviel

## In Schleswig-Holstein laufen die Güllebehälter über

Es war ein Jahr, das vor allem in Norddeutschland von ungewöhnlich viel Regen gekennzeichnet war. Regen, der die Kartoffeläcker versinken ließ, der die Maisernte erschwerte und in vielen Gebieten unmöglich machte. Regen, der dazu führte, dass vielerorts der letzte Schnitt nicht mehr eingebracht und das Wintergetreide noch nicht gesät werden konnte. Das ist der für alle sichtbare Teil dieses über die Maßen feuchten Jahres. Eher unsichtbar ist die Situation in den Güllepötten. Vor allem in Schleswig-Holstein, wo vielerorts in den letzten Monaten keine Gülle gefahren werden konnte, weil die Flächen viel zu nass waren, drohen jetzt die Kapazitäten knapp zu werden. „Wir haben eine besondere Ausnahmesituation, die die Landwirte belastet und zu akuter Gefahr für die Umwelt werden kann, wenn Güllebehälter überlaufen. Um Abhilfe zu schaffen, dürfen Bauern aber auf Antrag per Notfallgenehmigung provisorische Güllelager errichten", sagte Umwelt- und Landwirtschaftsminister Robert Habeck Anfang Dezember. Per Erlass regelt das Ministerium das Vorgehen und gibt Empfehlungen. Für die betroffenen Landwirte bleibt die Situation auch finanziell belastend. Sie können zwar zusätzliche, provisorische Güllelager bauen, müssen diese jedoch im kommenden Jahr rückbauen und gleichzeitig zusätzliche Lagerkapazitäten vorweisen. Viele Landwirte werden sich deshalb auf die Suche nach schon bestehenden Lagermöglichkeiten machen. So wartet der Geschäftsführer des Lohnunternehmerverbandes Niels Schäfer derzeit auf die Genehmigung der Nutzung einer Lagerstätte in Brandenburg nahe der polnischen Grenze von insgesamt ca. 300.000 m³. Allerdings, so Schäfer, sei es derzeit schwierig, abzuschätzen, ob der Bedarf bei 50.000 oder bei 500.000 m³ läge. Erste Betriebe haben unterdessen Anträge auf die Errichtung sogenannter Gülelagunen gestellt.

### Viel Tiere, wenig Lager

Längere Lagerkapazitäten, sprich mehr Behältervolumen, das war auch in den Verhandlungen zur gerade verabschiedeten Gülleverordnung ein Diskussionspunkt. „Diese Notwendigkeit hat der Bund aber bislang bei der Novellierung der Düngeverordnung ignoriert", so Habeck, der dringenden Nachholbedarf sieht. Mehr Gülletanks oder weniger Tiere? Beides würde die Situation um die Lagerengpässe entschärfen. Seit 2013 wurden in Schleswig-Holstein zusätzliche Kapazitäten von 230.000 m³ mit rund zwei Mio. Euro gefördert. Profitiert haben ca. 100 Betriebe. Gewohnt deutlich äußert sich Greenpeace-Landwirtschaftsexperte Martin Hofstetter in der taz: „Die Tierbestände müssen runter, ganz einfach." Dass man vor allem in den Geest-Regionen mit dem Tierbesatz an Grenzen stoße, bekundet auch das Ministerium. Zwar geht es aktuell um eine „Notsituation", hohe Nährstoffüberschüsse und die Nitratbelastung des Grundwassers bleiben aber auch bei mehr Lagerkapazität bestehen. Als Folge der fehlenden Ausbringungsmöglichkeiten in diesem Jahr konzentriert sich um so mehr auf das kommende Frühjahr. „Wir haben dort zu viel Gülle und Gärrückstände auf zu wenig Fläche. Die Gülle, die jetzt anfällt, löst sich nicht in Luft auf, der Nährstoffüberschuss wird immer größer", so der Minister. *mn*

## BVVG begrenzt Flächenkauf

Die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) schränkt den Direkterwerb von Flächen für Unternehmensverbünde ein. In einer Protokollnotiz zu ihren Privatisierungsgrundsätzen kommt die bundeseigene Gesellschaft, die mit der Veräußerung staatlicher Flächen aus dem Erbe der DDR Zeit betraut ist, einer Forderung der ostdeutschen Agrarministerien nach. Ab Januar 2018 werden auf die bestehende Obergrenze von 450 ha (bzw. 100 ha in Sachsen-Anhalt) neben den vom Pächter erworbenen auch Flächen angerechnet, die von anderen rechtlich selbständigen aber zu einem gemeinsamen Unternehmensverbund gehörenden Pächtern gekauft wurden. Bisher war es möglich und sei in Einzelfällen vorgekommen, dass Unternehmensgruppen insgesamt die geltenden Obergrenzen überschritten. Die Pflicht entsprechende Verflechtungen offen zu legen und ggf. die zur Prüfung notwendigen Unterlagen vorzulegen, liegt nach Angaben der BVVG beim Pächter. Der rechtliche Hintergrund ist, dass Inhaber von langfristigen BVVG-Pachtverträgen gemäß der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Privatisierungsgrundsätze berechtigt sind, Pachtflächen bis zu dem festgelegten Höchstumfang direkt und damit ohne vorhergehende Ausschreibung von der BVVG zu kaufen. Noch verfügt die BVVG über etwa 127 000 ha landwirtschaftliche und ca. 7 700 ha forstwirtschaftliche Flächen. *cw*

## Rückabwicklung schwierig

Ende September hat der Landkreis Prignitz dem Versicherungskonzern Münchner Rück die 2015 erteilte Genehmigung nach dem Grundstückverkehrsgesetz für 463 ha entzogen, so das Agrarministerium in Potsdam. Im Vorfeld war Landwirten die Möglichkeit gegeben worden, sich um Flächen für den Kauf der insgesamt 2.263ha zu bewerben. Im Jahr 2015, zum Zeitpunkt des Erwerbs, der ehemals im Besitz der KTG-Agrar befindlichen Flächen durch den in München ansässigen Versicherungskonzern, war das Vorkaufsrecht der Landwirte umgangen worden. Dass aktuell 1.800ha keinen Käufer fanden, wie das Ministerium mitteilt, liegt aber mitnichten an fehlenden Bewerbern, sondern an den widrigen Konditionen. Zum einen, so teilten potentielle Interessenten mit, mussten sie eine Bedürftigkeit nachweisen, ohne dass transparente Kriterien vorlagen. Zum anderen sollten bestehende, auch neu abgeschlossene Pachtverträge, mit bis zu 17 Jahren Laufzeit übernommen werden. Die größte Hürde war aber offenbar die Finanzierung. So hat die Münchner Rück rechtlich Schritte gegen die Rücknahme der Genehmigung eingeleitet. Die interessierten Betriebe hätten die Gesamtsumme von ca. 1 Mio €, bei einem Kaufpreis von ca. 1€/qm für 100ha, komplett vorfinanzieren müssen, bis der Rechtsstreit mit dem Versicherungskonzern zu einem Ende gekommen wäre. Zu diesem Konstrukt kam es offenbar, da das Land Brandenburg keine eigene Landgesellschaft hat, die Flächen treuhänderisch hätte verwalten können. *mn*

## Krebshinweis auf Gyphosatprodukten

Monsanto klagt gemeinsam mit Interessengruppen von Farmern gegen den Staat Kalifornien, weil dort ab Sommer 2018 glyphosathaltige Produkte einen Hinweis auf die möglicherweise karzinogene Wirkung tragen müssen. Monsanto hatte zunächst versucht, die entsprechende Gesetzgebung zu verhindern, war damit allerdings gescheitert. Landwirte befürchten nun, dass in Zukunft auch Produkte, bei deren Herstellung Glyphosat eingesetzt wurde, gekennzeichnet werden müssen – einschließlich des Hinweises auf Krebsgefahr. Die Behörden in Kalifornien sagen, dass an eine solche Kennzeichnungspflicht nicht gedacht sei, aber Getreidemühlen haben bereits begonnen, Farmer zu bitten, ihren Weizen vor der Anlieferung auf Rückstände von Glyphosat testen zu lassen. *ml*

# Europa muss Verantwortung übernehmen

## Menschenrechte schützen und geplante Freihandelsabkommen abbrechen

Es mutet an, wie eine Filmszene aus „Früchte des Zorns“, in der in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts unzählige Farmer in Oklahoma und Arkansas von Großgrundbesitzern vertrieben werden. Bulldozer rollen an. Kurze Zeit später sind Farmhäuser dem Erdboden gleich. Die tragische Odyssee der vertriebenen Menschen beginnt. Youtube im Jahr 2017, drei Wochen vor Weihnachten. Ein Bulldozer fährt auf ein Haus zu, reißt mit der Baggerschaufel die Veranda ein, das Dach, die Wände. Wand um Wand. Haus um Haus. Unweit davon laden Menschen Kühlschränke, Matratzen, Kommoden, Spülen, Decken, Bettgestelle auf ihre Autodächer und Anhänger. Diese Szenen sind Wirklichkeit und auf Youtube unter: „Menschenrechtsverletzung in Paraná“ zu sehen. In Brasilien haben Anfang Dezember zwei Zwangsräumungen stattgefunden, die international bekannt wurden. Mit Polizeigewalt ist in St. Catharina ein Zeltdorf geräumt worden. In Paraná wurde ein ganzes Dorf abgerissen. Dort haben 20 Jahre Menschen gelebt, das Dorf und eine Kirche gebaut, Lebensmittel angebaut. Sie gehören der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) an, die für eine gerechte Landverteilung kämpft (Bauernstimme 5-2017). Das geräumte Land sollen Großgrundbesitzer bekommen. Der brasilianische Professor Antonio Andrioli, bekannt durch seine wiederholten Vortragsreisen in Deutschland zum Thema Sojaanbau in Südamerika, hat diese Nachrichten nach Deutschland gebracht.

### Sklaverei in der Viehwirtschaft

Die brasilianische Regierung unter Michel Temer und Landwirtschaftsminister Maggi unterstützen die Großgrundbesitzer. Blairo Maggi ist der größte Sojaanbauer der Welt. Ihm gehören etwa 400.000 Hektar Land. Regierungschef Temer der rechtskonservativen Partei PMDB hat im Oktober eine neue Direktive veröffentlichen lassen, mit der die Sklavenarbeit künftig erheblich schwieriger bekämpft werden kann. Die amerikanische Organisation IATP (International Agriculture and Trade Policy) hat in einer Studie vom November diesen Jahres veröffentlicht, dass in Brasilien im Zeitraum von 2003 bis 2010 fast 60 Prozent der Fälle von Sklaverei in der Viehwirtschaft aufgedeckt wurden. Ungeachtet dessen, will die EU-Kommission auf die Tube drücken und das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay abschließen. Möglichst schnell und möglichst auch mit der aktuellen Regierung. Die EU-Kommission hat definitiv die Neuwahlen in Brasilien im Oktober 2018 im Blick, lässt sich aus dem landwirtschaftlichen Nachrichtenblatt *AgraFacts* entnehmen. Die aktuelle Regierung ist nur bis April 2018 handlungsfähig, danach wäre mit zeitlichen Verzögerungen zu rechnen. Die Parteien der geschäftsführenden deutschen Bundesregierung signalisieren ebenfalls ein großes Interesse an einem zügigen Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mercosur.

### Zollfreie Importquoten

Brasilien ist weltweit der größte Exporteur von Sojabohnen und Rindfleisch, mit einem Anteil von 20 Prozent am weltweit gehandelten Rindfleisch. Auch bei den Exporten von Hühnerfleisch ist Brasilien an den USA vorbeigezogen und Nummer Eins auf dem Weltmarkt, mit einem Weltmarktanteil von 39 Prozent. Auch der Export von Zellulose steigt. Die EU-Importe von Soja aus Brasilien sind schon Alltag. Der europäische Fleischmarkt ist zurzeit noch vor Importen weitestgehend geschützt. Der aktuelle Verhandlungsstand sieht vor, dass Europa für jährlich 70.000 Tonnen Rindfleisch, 17.000 Tonnen Schweinefleisch, 90.000 Tonnen Geflügelfleisch eine zollfreie Importquote aus den Mercosur-Ländern einräumen will. Auch sollen für jährlich 15.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Butter die EU-Märkte geöffnet werden. „Es ist skandalös, dass die EU mit Ländern Handelsabkommen vereinbaren will, in denen die Menschenrechte offensichtlich mit Füßen getreten werden“, sagt Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Ein weiteres Freihandelsabkommen: Am 8. Dezember haben die EU und Japan die Verhandlungen für ein gemeinsames Freihandelsabkommen offiziell beendet. Damit wurden weitere Details auch zum Freihandel mit landwirtschaftlichen Produkten verabredet. Die Ratifizierung über JEFTA steht in Europa noch aus. Das Thema Landwirtschaft war bis zum Schluss ein strittiges und hart umkämpftes Thema. Während die Agrarindustrie und ihre Vertreter in Europa eine möglichst starke Öffnung der Märkte für ihre Exporte erwartet, haben sich Bäuerinnen und Bauern in Japan gegen solch ein Freihandelsabkommen ausgesprochen. Tritt JEFTA in Kraft, dann erhält die EU einen ungehinderten Zugang zum japanischen Markt für unverarbeitetes und verarbeitetes Schweinefleisch. Der japanische Importzoll für Rindfleisch aus der EU wird über einen Zeitraum vom 15 Jahren progressiv reduziert, von 38,5 auf 9 Prozent. 50.500 Tonnen Rindfleisch soll die EU zollfrei exportieren dürfen. Für Mozarella und Feta fallen die japanischen Zölle gleich nach Inkrafttreten auf Null. Für Parmasan, Gouda und Cheddar werden die japanischen Zölle innerhalb von 15 Jahren abgeschafft. „Dieses Freihandelsabkommen ist destruktiv für bäuerliche Strukturen in beiden Ländern. Durch die steigenden EU-Exporte können die nationalen und lokalen Agrarmärkte in Japan massiv gestört werden. Im Welthandel findet eine Preisschlacht statt. Wer billiger produzieren kann, exportiert auch”, sagt Schulz. “Auch die Bäuerinnen und Bauern in Europa zahlen dafür die Zeche. Die agrarpolitisch forcierte Exportorientierung führt hier zu einer Überschussproduktion, die im Milch- und Fleischsektor immer wieder Krisen auf den Höfen auslöst.”

Bauern und Bäuerinnen für den weltweiten Schutz bäuerlicher Strukturen Foto: Jasper

### Menschenrechte schützen

Die AbL fordert die kommende deutsche Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass diese aggressive Handelsagenda abgelöst wird durch eine zukunftsfähige europäische Handelspolitik, die demokratisch zu entwickeln ist und im Agrarsektor die bäuerlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen nach vorne stellt. Dafür muss die agrarpolitisch forcierte Weltmarktorientierung einer konsequenten Qualitätsstrategie in der Landwirtschaft weichen. Europa muss Verantwortung gegenüber den Auswirkungen von Handel hinsichtlich Verletzungen von Menschenrechten und hinsichtlich der Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen übernehmen.

*Berit Thomsen,*
*AbL-Referentin für*
*Internationale Agrarpolitik*

# Milchmarkt fordert Gegensteuern

## Wachsendes Überangebot drückt Preise nach unten. Molkereien gefordert

Der Milchmarkt dreht derzeit gefährlich nach unten. Im Oktober haben die deutschen Molkereien laut Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (BLE) mit durchschnittlich gut 40 Cent je Kilogramm Milch das höchste Milchgeld des Jahres 2017 ausgezahlt. Viele Molkereien haben diese Marke auch im Dezember noch erreicht, aber besonders in Norddeutschland haben erste Verarbeiter den Erzeugerpreis jetzt bereits um bis zu zwei Ct/kg gesenkt. Weitere Absenkungen sind angekündigt. Der Chef des Deutschen Milchkontor (DMK) Ingo Müller sagte Anfang Dezember dem Weserkurier, dass schon feststehe, dass die Preise wieder nach unten gingen. Der Geschäftsführer der Ammerland-Molkerei schrieb seinen Genossen, sie könnten für die erste Jahreshälfte 2018 einen Milchpreis von voraussichtlich 30 bis 35 Cent je kg ansetzen.

### Fallende Preise

Damit würden die Erzeugerpreise dem Abwärtstrend vor allem der Butternotierungen folgen, die von September bis Mitte Dezember um 23 Prozent abgesackt sind. Das hat – neben Verlusten beim Magermilchpulver – den Rohstoffwert Milch des Kieler Instituts für Ernährungswirtschaft zwischen Oktober und November um 6,4 Ct/kg auf 32,9 Ct/kg abstürzen lassen. Das war der stärkste Monats-Absturz der letzten Jahre. Ein weiteres Warnzeichen ist, dass der Preis für Magermilchpulver in Deutschland auf 1.440 Euro/t und damit deutlich unter das Niveau der EU-Festpreis-Intervention von 1.698 Euro/t gesunken ist. Weil in den Interventionslagern der EU vor allem als Konsequenz der letzten Milchmarktkrise 2015/2016 noch über 370.000 Tonnen Magermilchpulver liegen, hat die EU-Kommission mit Unterstützung der Mehrheit der Mitgliedstaaten den Interventionskauf zu Festpreisen für 2018 ausgesetzt. Der Pulverberg entspricht der Hälfte des gesamten Jahresexports der EU mit Magermilchpulver. Entspannung ist hier erstmal nicht zu erwarten.

Das gilt umso mehr, als dass die Milcherzeugung in der EU und auch in Deutschland wieder deutlich ansteigt. EU-weit lag die letzte von der EU-Kommission veröffentlichte Monatsmenge (September) um 3,7 Prozent über dem Vorjahr. Die deutschen Molkereien meldeten für die letzten Wochen des Jahres ein Plus von 4,2 Prozent, in Niedersachsen sogar von 8,1 Prozent. Monika Wohlfarth von der ZMB (Zentrale Milchmarkt Berichterstattung) stellt daher nüchtern fest: „Die Marktentwicklung im weiteren Jahresverlauf von 2018 wird maßgeblich durch das Milchaufkommen bestimmt werden."

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert die Molkereien auf, jetzt konkrete Maßnahmen gegen diesen starken Anstieg der Milcherzeugung einzuleiten. „Wir müssen schleunigst auf die Bremse treten, sonst melken wir uns den derzeit noch relativ guten Milchpreis kaputt", mahnt Ottmar Ilchmann, Milchsprecher der AbL. EU und Bundesregierung hätten es trotz der guten Erfahrungen mit Reduzierungsmaßnahmen vom Herbst 2016 versäumt, zeitlich befristete wirksame Kriseninstrumente einzuführen. Umso mehr seien jetzt die Molkereien gefordert. „Wir rufen besonders die norddeutschen Molkereien auf, den Milcherzeugern, die ihre Erzeugung in den kommenden Monaten noch steigern, starke Preisabzüge für die Übermengen anzukündigen. Im Gegenzug sollte ein befristeter Bonus für eine leichte Verringerung der einzelbetrieblichen Milchmenge eingeführt werden", so Ilchmann. Die größte niederländische Molkerei Friesland-Campina hat solche Maßnahmen für Anfang 2018 bereits für den Fall beschlossen, dass die Menge weiter steigt. „Unsere Molkereien sollten diesem Beispiel folgen", fordert Ilchmann. *uj*

Für kreative Mengensteuerung? Foto: Archiv

## Gene Drives

Eine Forschungseinrichtung des US-Militärs hat bisher 100 Mio. US-Dollar in die Entwicklung von Gene Drives investiert. Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung hat eine private PR-Firma für 1,6 Mio. US-Dollar beauftragt, den einzigen UN-Prozess zu beeinflussen, der sich explizit mit der Gene-Drive-Thematik beschäftigt. Das zeigen E-Mails und Dokumente einer Rechercheorganisation des Wissenschaftlers Edward Hammond. Demnach findet derzeit hinter den Kulissen eine internationale Kampagne mit dem Ziel statt, Freisetzungen gentechnisch veränderter Insekten und Säugetiere, die mit sogenannten Gene Drives ausgestattet sind, den Weg zu bereiten. „Gene Drives sollen die Ausbreitung künstlicher Gene in natürlichen Populationen erheblich beschleunigen. Ein Ziel kann die Ausrottung bestimmter Arten sein. Diese Technologie ist äußerst fehleranfällig und insbesondere ihre Langzeitfolgen sind nicht vorhersagbar. Selbst im Labor zeigt sich, dass die Verfahren nicht so funktionieren wie ursprünglich erwartet. Viele Experten warnen vor einem übereilten Einsatz", so Christoph Then von Testbiotech. Deshalb haben zu Beginn der UN-Biodiversitätskonvention COP 13 in Cancún im Dezember 2016 mehr als 170 Gruppen – darunter auch die AbL – ein Moratorium gefordert. Als Ergebnis forderte die COP 13 alle Regierungen dazu auf, in Bezug auf Gene Drives das Vorsorgeprinzip sehr streng und sehr genau anzuwenden. *av*

## Dicamba-Verkaufsförderung

Noch läuft das Monsanto-Geschäft mit dicambaresistenten gentechnisch veränderten Pflanzen schlecht. Deshalb bietet Monsanto US-Farmern jetzt eine ordentliche Prämie an: Wer die gentechnisch veränderte Sojabohne „XtendiMax" mit dem gekoppelten Dicamba-Herbizid „VaporGrip" einsetze, erhalte von Monsanto mehr als die Hälfte des Kaufpreises zurück (sechs Dollar je Acre – bei einem Preis von etwa elf Dollar je Acre), so der Nachrichtensender n-tv. Seit letztem Jahr sind dicambaresistente Soja- und Baumwollsorten auf dem Markt. Durch den Anbau bzw. die Nutzung des dazugehörigen Totalherbizids Dicamba kam es in 16 US-Bundesstaaten zu erheblichen Ernteausfällen, weil aufgrund der starken Abdrift Nutzpflanzen, die keine Dicambaresistenz haben, abstarben. In mindestens zwei Bundesstaaten wurde der Einsatz vorläufig verboten. Monsanto kündigte rechtliche Schritte dagegen an. *av*

## Neonikotinoid-Verbot in Vorbereitung

Im März 2018 wird die EU voraussichtlich die Entscheidung über ein endgültiges Verbot der neonikotinoiden Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid sowie Thiamethoxam in der Anwendung im Freiland treffen. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die EU-Kommission jetzt vorgelegt, darüber abstimmen wollen die Mitgliedstaaten nachdem im Februar 2018 die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ihren Bericht zur Bienengefährlichkeit der Neonikotinoide veröffentlicht hat. Auf Empfehlung der EFSA hatte die EU-Kommission im Jahr 2013 die Verwendung von Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam bereits erheblich eingeschränkt. Die Hersteller u.a. Syngenta, BASF und Bayer CropScience, sehen die Gründe für die beobachtete Schwächung der Bienenpopulationen anderswo und haben Klagen gegen die bereits bestehenden Zulassungseinschränkungen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) angestrengt. *cs*

## Pestizid in Schulnähe

Als erster US-Bundesstaat hat Kalifornien ein Gesetz erlassen, das es Farmern verbietet, in einem 400-m-Radius um Schulen und Kindergärten Pestizide zu sprühen. Das Verbot gilt zwischen 6 Uhr und 18 Uhr und tritt am 1. Januar 2018 in Kraft. Farmer kritisieren die Neuregelung, weil sie einseitig die Landwirtschaft benachteilige. Zunehmend würden aus Kostengründen Schulen auf billigerem Land am Rande ländlicher Gemeinden und in der Nähe landwirtschaftlicher Nutzflächen gebaut. Auf solchem Gelände sollte es nach Ansicht der Farmer in Zukunft für Schulen und Kindergärten keine Baugenehmigung mehr geben. *ml*

## Neue Szenen für die Landwirtschaft

Ich hatte in diesem Sommer das Vergnügen einem Arbeitskreistreffen der Frauen der österreichischen Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen Vereinigung (ÖBV) beizuwohnen und auch noch mit zwei engagierten ÖBV-Frauen auf ihren landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten. Es war faszinierend, welche kunstvollen Mittel angewendet wurden, um politische Zeichen zu setzen und die Öffentlichkeit zu erreichen. So gibt es beispielsweise eine Bäuerinnen-Kabarettgruppe, welche sich ironisch mit der aktuellen agrarpolitischen Situation auseinandersetzt. Was es heißt, eine Bäuerin zu sein, oder was es heißen könnte, sind wichtige Fragen, die uns genauso auch in Deutschland beschäftigen. Wo sehen wir noch Potenzial zur Veränderung, Verbesserung oder Erweiterung der kleinbäuerlichen Arbeit auf politischer Ebene? Am Rande der Wintertagung der AbL in Hofgeismar, hat sich eine Gruppe von Frauen zum Austausch zusammengefunden; entstehen soll ein Netzwerk von Frauen in der Landwirtschaft, um sich mit Themen wie Hofnachfolge, konkreten Erfahrungen mit Geschlechter(un)gleichheit und veralteten Geschlechterbildern auseinanderzusetzen. *Doro Sterz, AbL*

*Inspirationen zu einer kreativen Umgangsform wollen wir uns beim Treffen der Frauen der ÖBV im Februar holen:*
*„Frauen erspielen Zukunft – Neue Szenen für die Landwirtschaft“*
*3.-4.Feb. 2018, Salzburg; Außerdem erstellen wir gerade einen E-Mail Verteiler für den Frauenarbeitskreis der AbL, Interesse?: frauen.abl@gmail.com*

## Junge Abl bei der KWS-Vollversammlung

Am 14.12.2017 besuchte wir, eine Gruppe von sieben Menschen der jungen AbL, die Vollversammlung der KWS SAAT SE in Einbeck. Wir hatten die Stimmrechte von kritischen Aktionären und Aktionärinnen übertragen bekommen und waren damit berechtigt, abzustimmen und Redebeiträge zu halten. So konnten wir vier Redebeiträge (von insgesamt neun) in der Generaldebatte anbringen. Wir setzten das Thema Gentechnik und beleuchteten die lokalen und globalen Auswirkungen aus unterschiedlichen Perspektiven. Wir stellten konkrete Fragen, die der Vorstand beantworten sollte. Leider ging die KWS nicht auf alle unserer Fragen ein und wollte „kein Forum für weltwirtschaftliche Entwicklungen oder einen wissenschaftlichen Diskurs über Technologien führen, sondern sich auf Dinge beschränken, die die KWS belangen.“ Auch konnten sie die in unseren Beiträgen genannten „Theorien, bei allem Verständnis für den Grundansatz, nicht nachvollziehen…“ Die KWS forscht mit den neuen Techniken, CRISPR & Co und hat in diesem Bereich Patente angemeldet. Laut Vorstandsmitglied Hagen Duenbostel können jedoch noch keine Forschungserfolge nachgewiesen werden. Sie sind nach eigenen Aussagen noch weit von einer kommerziellen Nutzbarkeit entfernt. Auch sind sie selbst durch die zahlreichen Patentanmeldungen in ihrem Forschungspotential stark eingeschränkt. Zu möglichen Risiken und Gefahren der neuen Techniken sah der Vorstand keinen Handlungsbedarf, da, laut Duenbostel „nach 20 Jahren Gentechnik im Praxisanbau kein einziger Fall bekannt wäre, bei dem Menschen oder Tiere zu Schaden gekommen seien.“ *Sinay Gandenberger, jAbL*

## Verbände fordern Regulierung

Ein Bündnis von Landwirtschafts- und Umweltverbänden fordert von der (kommenden) Bundesregierung, sich für „eine strikte Regulierung neuer Gentechnikverfahren nach Gentechnikrecht einzusetzen". Das BMEL hatte Ergebnisse eines sogenannten „Dialogprozesses“ auf seine Homepage gesetzt, die aber nicht die Forderungen der kritischen Organisationen wie AbL, Bioland, BÖLW, BUND, Demeter, GeN und IG-Saatgut berücksichtigten: Aufgrund der weitreichenden Möglichkeiten zur Veränderung von Organismen, aber auch weil es durch die gentechnischen Eingriffe zu unerwarteten und unerwünschten Effekten kommen kann, sind für die Verbände eine umfassende Risikobewertung und ein Zulassungsverfahren unabdingbar – und zwar vor einer möglichen Freisetzung. Eine Risikobewertung ist bisher jedoch noch nicht erfolgt. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 dem Gesetzgeber bei Eingriffen in die genetischen Grundlagen eine besondere Verantwortung zugewiesen. Dies gilt angesichts der Neuheit und der möglichen, sehr weitreichenden genetischen Veränderungen umso mehr für die Genom-Editing-Verfahren. *av*

# Wille und Geld

### AbL übernimmt Sächsischen Bauern- und Imkertag

Gut zehn Jahre hatte ein kleiner Kreis von Gentechnik-Engagierten um Nikola Burgeff vom Hof Mahlitzsch den Sächsischen Bauern- und Imkertag organisiert und damit ein wichtiges Zeichen für ein gentechnikfreies Sachsen gesetzt. Nun waren sie es langsam müde und deshalb froh, dass die AbL Mitteldeutschland bereit und in der Lage war, diese erfolgreiche Tradition weiterzuführen. In einer sehr emotionalen Ansprache übergab Nikola deshalb symbolisch den Staffelstab.

Nach bewährtem Muster folgten nun Berichte zur Bundespolitik und ein sehr aufrüttelnder Vortrag zum Thema Boden, bei dem mir wieder einmal klar wurde: So schlimm die Zustände in der Tierhaltung hierzulande auch sind – sie lassen sich relativ schnell ändern, wenn der Wille und das Geld dazu vorhanden sind. Was wir jedoch unseren Böden in den letzten Jahrzehnten angetan haben und immer weiter antun, lässt sich auch mit allem Geld der Welt nicht so schnell wieder heilen – wir vernichten das Werk von Generationen, anstatt es zu bewahren und zu mehren! Nach einer ziemlich ernüchternden Gesprächsrunde mit einigen Landtagsabgeordneten folgten am Nachmittag noch interessante und ermutigende Vorträge zur Solidarischen Landwirtschaft und einigen regionalen Initiativen. Alles in allem ein gelungener Start für den Aufbau eines eigenständigen AbL-Landesverbandes in Sachsen – alle daran Interessierten sind herzlich zum monatlichen Stammtisch an jedem ersten Donnerstag im Monat in der Kümmelschänke in Dresden eingeladen. Nähere Informationen und aktuelle Termine jederzeit unter www.abl-mitteldeutschland.de

*Reiko Wöllert,*
*AbL Mitteldeutschland*

Wieviel ist dann hinterher im Müsli zur finden? Foto: Hardi

# Glyphosat wie Gentechnik

### Aldi will sich mit Glyphosat-Restriktionen profilieren

Glyphosat und kein Ende. Die EU-Kommission hat nun gemäß des Votums der Mitgliedstaaten den Pestizid-Wirkstoff für fünf weitere Jahre zugelassen. Während dessen ringen verschiedene Länder oder gar nur Regionen politisch um Anwendungsverbote oder -einschränkungen, und die Politik arbeitet nach wie vor den Flurschaden des Schmidtschen Husarenstückchens in Brüssel auf und ab. Auf der Überholspur vorbei zieht nun der Handel, bzw. erst einmal Aldi. In einem Brief an Hersteller für die Aldi-Eigenmarken - Molkereien, Schlachtbetriebe, Fischzuchtbetriebe und Eierlieferanten - werden diese aufgefordert bis Ende Januar Fragen zu beantworten wie: In welchen Futtermitteln kommt Glyphosat zum Einsatz? Taucht es in Futtermitteln auf? Aber auch: Bis wann kann komplett darauf verzichtet werden? Und: An welche Tierarten wird es verfüttert? Die Fragen können die Unternehmen natürlich nicht selber beantworten und werden sie an Futterwerke und Bauern und Bäuerinnen weiter reichen. Man wolle, so beschreibt Aldi seine Intention, Glyphosatgehalte deutlich reduzieren, im besten Fall den Einsatz komplett ausschließen. Schon vor Anfang 2017 hatte Aldi Süd seine Lieferanten von Nudeln, Reis und Cerealien dazu aufgefordert, mittelfristig die Glyphosat-Rückstände auf maximal 20 % der EU-Rückstandshöchstwerte zu reduzieren. Bislang ist unklar, was nun auf all diese Direktiven des Lebensmitteldiscounters folgt, klar ist, Aldi will sich offenbar von der Konkurrenz absetzen und der Politik vorgreifen. Glyphosat beschäftige, so ein Sprecher des Konzerns, die Verbraucher thematisch wie die Gentechnik. *cs*

# Bäuerin, warum?

## Widerstand und Selbsthilfe

Warum möchte ich Bäuerin sein? – Das ist eine Frage, die ich nicht in kurzen Worten beantworten kann, die ich mir aber immer wieder stelle. Unser Hof liegt in Norddeutschland, im Aller-Urstromtal, das vor 300.000 Jahren in der Saale-Eiszeit geformt wurde. In den vergangenen Tagen habe ich dort eine unserer Mutterkuhherden aus den Überschwemmungsflächen geholt. Während meine Freundinnen und Freunde im Büro sitzen und Einstiegsgehälter von über 40.000€ verdienen, bleiben meine Stiefel im Matsch der Futterplätze stecken. Der Trecker ist voller Dreck. Die Tür, die beim Mähen durch einen Stein zerstört wurde, ist immer noch nicht ersetzt, es ist arschkalt. Ich stelle schwere Texasgitter auf, hole die Raufen von der Weide, baue das Zaungerät ab und verliere dabei immer wieder meine Stiefel. Irgendwann ist mein Vater da und wir versuchen gemeinsam, die Herde ins Gatter zu lotsen, um sie dort in den Viehanhänger zu verladen. Er ruft die Kühe, sie folgen ihm. Ich bleibe auf dem Trecker sitzen, wo die Kühe mich nicht sehen und soll hinter ihnen das Tor schließen. Als die Herde an mir vorbeizieht, mein Vater vorneweg, bin ich tief berührt. Da ist eine Kuh mit Metallohrmarke. Wie lange ist die wohl schon bei uns? Da ist mein Vater. Ganz gelassen gibt er den Tieren Zeit, um Mut zu fassen und ins Gatter zu laufen. Zugvögel ziehen über uns hinweg.

Ich weiß warum ich Bäuerin sein will: Weil es richtig ist, dass die Kühe die Naturschutzflächen beweiden und wir so die Kulturlandschaft erhalten, weil es sinnvoll ist, generationenübergreifend zu arbeiten und weil bäuerliches Wissen ein hohes Gut ist, das nur durch Weiterleben nicht in Vergessenheit gerät. Ich denke an den Sommer, ans Grasmähen, ans Heumachen. Ich beobachte die Herden auf den Weiden und kann mich nicht satt sehen. Die Kühe, die das ganze Jahr auf der Weide leben, machen mir Gänsehaut bei der Weidekontrolle. Das war ein Sommer, in dem ich Verantwortung auf unserem Hof übernommen habe. Ich konnte das erste Mal spüren, wie weit diese Verantwortung reicht: Verantwortung für mich selbst, für den Hof, für die Tiere, aber auch für den Boden, von dem schon viele Generationen vor mir lebten, Verantwortung für die Nachbarschaft, für die anderen Bauern und Bäuerinnen aus unserem Dorf, aus unserer Gegend. Und Verantwortung für unsere Kulturlandschaft, für gesunde Lebensmittel.

Ich schätze sehr, dass auch Bäuerinnen und Bauern in der AbL diese Verantwortung spüren und ernst nehmen. Sie wird in der jahrzehntelangen gesellschaftlichen und politischen Arbeit und in der alltäglichen Arbeit auf den Höfen deutlich. Bei der AbL spüre ich eine positive Kraft des Gestaltens. Sie ist mitreißend. Wir sind mitten in bewegten Zeiten. Hierzulande löst sich die politische Mitte auf, verharrt in immergleichen Handlungsmustern. Rechte Politik wird salonfähig. Flucht, Hunger, harsche Weltpolitik, Freihandelsabkommen, Europa ist hin- und hergerissen. Mitten drin steht die AbL. All diese Themen haben mit uns zu tun. Agrarpolitik betrifft viele Felder, sie ist Gesellschaftspolitik. Wie schaffen wir es, in diesen bewegten Zeiten einen bäuerlichen Umbruch zu gestalten, bei dem alle Betriebe mitgehen können und der ganzheitlich ansetzt? Es ist einmal mehr nötig, dass wir uns auf den AbL-Leitspruch besinnen: Widerstand und Selbsthilfe. Wir sind starke Bäuerinnen und Bauern von starken, bunten Betrieben. Auf unseren Höfen hat der Umbruch für eine zukunftsfähige, bäuerliche Landwirtschaft längst begonnen. Das macht Mut!

Viele junge Menschen lernen Landwirtschaft und Gärtnerei oder ein Lebensmittelhandwerk, junge Menschen engagieren sich politisch und wollen wissen, was auf ihren Tellern landet. Wir treiben emanzipatorische, soziale und bäuerliche Prozesse voran. Wir wollen Höfe übernehmen, Existenzen gründen und auf dem Land leben. Wir wollen uns einbringen und die Welt gestalten. Die AbL bietet fruchtbaren Boden für junge Ideen. Der Umbruch hat längst begonnen!

*Elisabeth Fresen,*
*Bäuerin im AbL-Bundesvorstand*

**Betriebsspiegel:**

Biobetrieb
135ha Grünland
30ha Acker
130 Limousin-Mutterkühe mit Kälbern plus Nachzucht

Arbeiten als Teil der Landschaft- Futter machen vor dem Verdener Dom Foto: Fresen

# Mehr als ein Tag „Ringelschwanz-Freiluft-Strohschwein“

## Markt und Politik gefordert für Umbauprozesse mit tierwohlgerechten Erzeugerpreisen

Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden für tierwohlgerechte Erzeugerpreise, so fasste Stephan Kreppold von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern die Anforderung an die Agrarpolitik zusammen. Dem voraus ging eine Diskussion mit ganz unterschiedlichen Ansatzpunkten, was es zuerst für einen Umbau zu einer artgerechteren Tierhaltung braucht: Mehr zahlungswillige Käufer? Mehr Bereitschaft der Verarbeiter, Fleisch aus artgerechter Tierhaltung zu vermarkten? Ausreichend Absatz im Handel? Unterstützung von Vermarktungsmodellen? Prämien für Tierhalter und -halterinnen? Politische Vorgaben?

Hier besteht längst noch keine Einigkeit darüber, was oder welche Kombination zielführend ist. Das zeigte auch die Podiumsdiskussion auf der Tagesveranstaltung „Ringelschwanz-Freiluft-Strohschwein – wie geht das?“ von der AbL Bayern und dem Bund Naturschutz (BN) Mitte November, zu der sich rund 130 Fachtagungsgäste aus nah und fern, nicht nur aus Bayern und Baden-Württemberg, einfanden.

### Erst fördern oder erst Markt?

Schon in der Begrüßung hatte Andrea Eiter, Geschäftsführerin der AbL Bayern, betont: „Das Recht der Tiere auf ein artgerechteres Leben sollte nicht allein von der Zahlungsbereitschaft der VerbraucherInnen abhängen, hier ist auch der Staat gefordert, entsprechend zu fördern.“ Das sah die auf dem Podium vertretene Dr. Christina Jais, Leiterin der Arbeitsgruppe Schweinehaltung an der Landesanstalt für Landwirtschaft Bayern, aus Sicht von Politik und Verwaltung andersherum: „Bevor es mehr Förderung gibt, muss es den Markt für entsprechend erzeugtes Fleisch geben.“ Stallbauförderungen an Tierwohlkriterien zu knüpfen sei leicht möglich – jedoch insgesamt bestimmte Produktionsmethoden oder Vermarktungsmodelle finanziell zu unterstützen, damit tue man sich politisch schwer, zumal dies sehr viel Mittel erfordern würde. Doch Eiter warf z. B. die Frage auf, warum es nicht auch in Bayern eine Prämie für tiergerechte Haltungsverfahren gebe, wie sie Baden-Württemberg eingeführt habe: Immerhin 14 Euro bzw. 9 Euro werden dort pro Mastschwein über das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl ausgezahlt, wenn die Tiere entsprechend den Premium- bzw. Einstiegskriterien des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes gehalten werden – um den arbeitswirtschaftlichen Mehraufwand zu honorieren.

### Markt mit Anlaufschwierigkeiten

In der weiteren Diskussion wurde insbesondere der Markt als Motor für Umbauprozesse in der Tierhaltung beleuchtet. Hier wurden einige Schwierigkeiten und Widersprüche deutlich – gerade für die Anfangsphase. So verwies auch Mario Flemm von der Erzeugergemeinschaft (EZG) Franken-Schwaben auf eine bislang zu geringe Nachfrage für Tierwohlprodukte. Interessierten Betrieben der EZG könne kein Absatz mit den nötigen Preisaufschlägen garantiert werden. Andersherum zeigte sich der Teufelskreis von Preisdruck und Mengensteigerung eindrücklich in Flemms Aussage, falls eine Preisuntergrenze – ein z. T. geforderter Mindestpreis – eingezogen würde, dann seien die Überhänge an Schweinefleischerzeugnissen auf dem Markt nicht mehr zu verkaufen.

Aus tierärztlicher Perspektive wies Dr. Herrmann Meiler, Amtsveterinär a. D., auf die Probleme der Mengenerzeugung hin: Sehr häufige Tierbefunde wie z. B. Gelenksveränderungen oder Magengeschwüre könnten mit einer Haltung auf Stroh weitgehend vermieden werden. Meiler sieht einen klaren Zusammenhang von Bestandsgröße und Tierwohl, weil bei kleineren Beständen die Betreuung und das Mensch-Tier-Verhältnis deutlich besser seien. Die Entwicklung gehe stattdessen in die falsche Richtung: Die Tiere wandern in immer größere Bestände. In der Umstellung auf eine Strohhaltung sieht er gerade für kleine und mittlere Betriebe eine Chance – wenn auch das Fleischerhandwerk die Chance regionaler Qualität auf Grundlage von tiergerechten Haltungsverfahren erkennen und nutzen würde.

Thomas Köhn vom Fleischerverband Bayern berichtete von der Erfahrung interessierter Metzger, vor Ort keine Bauern mit Strohhaltung zu finden. Andererseits fragten die Kunden zunehmend nach Haltung und Herkunft der Tiere. Als Schwierigkeit stelle sich dar, dass viele handwerkliche Metzger nicht mehr im eigenen Betrieb schlachten könnten – sie beziehen ihre Ware von Großschlachthöfen, was den Einkauf besonderer Qualitäten in individueller Menge schwierig macht. Als Problem bezeichnete Köhn die vielen unterschiedlichen Label zum Tierwohl. Dies sei mittlerweile nicht nur verwirrend für die Kunden, sondern auch für die Metzger schwer zu durchdringen.

### Beispiele aus der Praxis

Praxisbeispiele zeigen schon heute, dass Landwirte, die ihre Schweine nach verschiedenen Standards von Neuland, Tierschutzbundlabel, Strohschweininitiative oder Bioverbänden halten, auch mit auskömmlicheren Preisen rechnen können. Als gelungenes Beispiel für eine neu aufgebaute Absatzschiene stellte sich u. a. die Erzeugergemeinschaft Süd für besonders art- und umweltgerechte Tierhaltung (EZO Süd) vor (siehe Kasten). Selbstvermarkter haben als Einzelkämpfer den ganzen Aufwand der Kommunikation und Verhandlung über die Qualität ihrer Tierhaltung und deren Erzeugnisse. Aus der Region um Augsburg stellten Michael Weichselbaumer und Josef Gelb ihre Betriebe mit Mastschweinehaltung auf Stroh, mit größerem Platzangebot und Außenklima/Auslauf vor. Die Vermarktung baut bei Weichselbaumer auf eine Metzgerei mit mehreren Filialen. Ausgehandelt wurde ein Preisaufschlag, der jedoch immer wieder unter den Druck des Vergleichs mit anderen Initiativen mit eigenen Standards und entsprechend anderen Kosten gerät. Gelb kann seit Inbetriebnahme seines neuen 1.400er Maststalls mit eingestreutem Liegebereich und emissionsminderndem Gülleschieber im Kotbereich im letzten Jahr bisher etwa die Hälfte höherpreisig an Metzgereien vermarkten. Er sucht nach weiteren regionalen Metzgern, die bereit sind, den für sein System nötigen Aufpreis zu zahlen. *cw*

*Das Positionspapier „Umbau in der Schweinehaltung. Zeit zu handeln“ der AbL unter: www.abl-ev.de unter Publikationen.*

Großes Interesse für das "Ringelschwanz-Freiluft-Strohschwein" Foto: AbL Bayern

### Besonders art- und umweltgerechte Tierhaltung

Die „Erzeugergemeinschaft Süd für besonders art- und umweltgerechte Tierhaltung“ aus Baden-Württemberg, kurz EZO Süd, wurde 2015 gegründet; aktuell sind 60 Betriebe beteiligt. Mitglied kann werden, wer dem Neuland-Programm für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung angeschlossen, Biobauer oder ein Betrieb der Premiumstufe des Tierwohllabels des Deutschen Tierschutzbundes ist. Eine wichtige Vermarktungsschiene der EZO Süd ist die Hofglück-Marke von Edeka Südwest, über die zur Zeit wöchentlich rund 800 Schweine abgenommen werden.

Alle Schweine werden mit Ringelschwanz gehalten, auf Stroh und im Freiluftstall. Für Muttersauen ist das Ziel außerdem die freie Abferkelung ohne Kastenstand. Der Erzeugerpreis wurde ausgehend von den Kosten, inklusive Ferkelaufzucht, kalkuliert, um den Mehraufwand zu entlohnen: Strohbedarf, zusätzlicher Beobachtungs- und Tierbetreuungsaufwand, höhere Kosten für die Kastration unter Betäubung, höherer Preis für gentechnikfreies Futter und die Investitionskosten für den Neu- oder Umbau des Stalles. So beträgt der Grundpreis pro Kilogramm Schwein mit Aufpreis- und Abnahmegarantie 2,15 Euro – bzw. mindestens 40 Cent mehr als der Marktpreis, sollte dieser auf 1,80 Euro oder mehr steigen. Die Mäster kaufen das 30-kg-Ferkel für 80 Euro.

# Es muss gehandelt werden

**Vertreter aus Politik und Wissenschaft diskutieren mit Bäuerinnen und Bauern über notwendige Weichenstellungen in der Agrarpolitik**

An zentraler Stelle mitten in Deutschland, in der evangelischen Akademie in Hofgeismar nahe Kassel, fand in diesem Jahr die Agrarpolitische Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft statt. Einmal mehr geht es um die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland. Es geht um Fragen nach den Strukturen der Betriebe, dem Leben auf den Dörfern und im ländlichen Raum. Landwirtschaft ist Arbeitsplatz, für viele aber auch Lebensmodell. Viel ist in Bewegung. Eine neue Bundesregierung ist nach der Wahl und den gescheiterten Jamaika-Sondierungen noch nicht in Sicht. Die EU-Kommission mit Agrarkommissar Phil Hogan hat in ihrer Mitteilung erste Richtungsvorgaben für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik gemacht. In Deutschland wird über einen Umbau der Tierhaltung, über den Einfluss außerlandwirtschaftlicher Investoren und über einen Ackerbau ohne Glyphosat diskutiert. Neue Impulse sind von einer aktuell nur geschäftsführenden Bundesregierung nicht zu erwarten. Ein guter Zeitpunkt also, um die Themen, die den Bäuerinnen und Bauern täglich in ihrem Alltag begegnen, und die Forderungen, die sie an eine zukünftige Landwirtschaftspolitik stellen, zu diskutieren.

Eingeladen hatte die AbL hierzu mit Agrarökonom und Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens einen Vertreter aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium. Die Wissenschaft wurde von Dr. Harald Grethe, Professor für Internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, vertreten. Um ihre Wahrnehmung von der immer stärkeren Bedeutung des gesellschaftlichen Anspruchs an landwirtschaftliche Produktionsweisen einzubringen, saß Christiane Grefe, Redakteurin bei der ZEIT, auf dem Podium. Friedrich Ostendorff, für die Grünen im Bundestag, konnte ganz aktuell von den Jamaika-Sondierungen berichten, aber auch seine Erfahrungen als Bauer und AbL-Mitglied einbringen. Mit Elisabeth Fresen und Martin Schulz waren wiederum die Bäuerinnen und Bauern, aber auch der AbL-Bundesvorstand vertreten.

Mit einer Schilderung vom Kühetreiben mit ihrem Vater eröffnete Jungbäuerin Elisabeth Fresen die Veranstaltung. Wie auf ihrem Betrieb den Generationswechsel, so nimmt sie auch insgesamt vielfach Umbrüche in der Landwirtschaft wahr und stellt die Frage nach deren Bedeutung für das politische Handeln. Ulrich Jasper, AbL-Bundesgeschäftsführer und Moderator der Diskussion, ging einen Schritt zurück und wollte von Staatssekretär Aeikens gerne wissen, welche die großen Herausforderungen für die Bauern seien. Dieser zog einen großen Rahmen, von der Globalisierung über Wettbewerb und der in der EU vergemeinschafteten Agrarpolitik bis hin zu unterschiedlichen Agrarstrukturen und Städtern mit hoher Sensibilität. Ziel sei es, so Aeikens, „nachteilsfrei“ aus den GAP-Verhandlungen zu kommen. Er lobte den Entwurf des Agrarkommissars als sensibel und nannte hierbei die Bereiche Umwelt, Risiko, Direktzahlungen und Tierhaltung. Für die deutsche Politik verwies Aeikens auf das Grünbuch des Landwirtschaftsministeriums. Eine engere „Verzahnung“ zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft werde hier ebenso aufgeführt wie eine noch zu konkretisierende Nutztierhaltungsstrategie und die Umsetzung des zum Ziel erklärten Ausbaus der Ökolandwirtschaft auf 20 Prozent. Nachdenklich äußerte Aeikens sich zur Verteilung der Böden im ländlichen Raum und fragte, ob die derzeitig vielerorts festzustellende Konzentration den Strukturen im ländlichen Raum und in den Dörfern zuträglich sei.

## Gesellschaft versöhnen

Wohl wissend, dass sie nicht die Gesellschaft als Ganzes vertritt, nimmt die ZEIT-Redakteurin Christiane Grefe sehr unterschiedliche Vorstellungen von Landwirtschaft wahr. Neben dem Tierwohl sei es vor allem Glyphosat, das derzeit „stellvertretend für eine pestizidfreie Landwirtschaft“ Thema sei. Durchaus kritisch sieht Grefe die Entwicklung von einer Zeit, in der sich die Bevölkerung nicht für Landwirtschaft interessierte, zu heute, wo Themen plötzlich gesellschaftlich aktuell würden, ohne dass Hintergrundinformationen bekannt seien oder gesucht würden. Nicht selten seien es romantisierende Vorstellungen, die verantwortungsvoller Information im Wege stünden. „Viel wollen und wenig bezahlen“, sei nicht selten das Resümee. An die Adresse der Journalisten, aber auch der Verbände richtete sie die Aufforderung, mehr zu erklären, für welche Folgeschäden an Böden, am Wasser und an der Umwelt an anderer Stelle gezahlt werden müsse. Das könne dazu führen, dass der Verbraucher seinen Selbstbetrug erkenne und bereit sei, mehr für ein nachhaltiges Produkt zu bezahlen. Gleichzeitig stellte Grefe aber auch eine Überforderung der Verbraucher durch die Informationsflut und viele Lügen fest. Hier sei es an der Politik, für eine klare Regelung und transparente Kennzeichnungen zu sorgen. Eine große gesellschaftliche Chance sieht die ZEIT-Redakteurin in der GAP, wenn es gelänge, den immer erwarteten Dissens zwischen Rat, Parlament und Kommission beizulegen und durch eine gemeinsame europäische Kommunikation zu ersetzen.

## Tierwohl qualifizieren

Seit der Vorstellung des Tierwohlgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats im April 2015 ist viel Zeit vergangen. Obwohl sehr konkrete Aufgaben benannt worden seien und dies zu einer intensiven Debatte geführt habe, bestehe eine „große Kluft zwischen dem, wo wir sind und wo wir sein sollten“, fasste Prof. Grethe seinen Unmut zusammen. Im Tierwohlgutachten wer-

Fortsetzung auf Seite 13

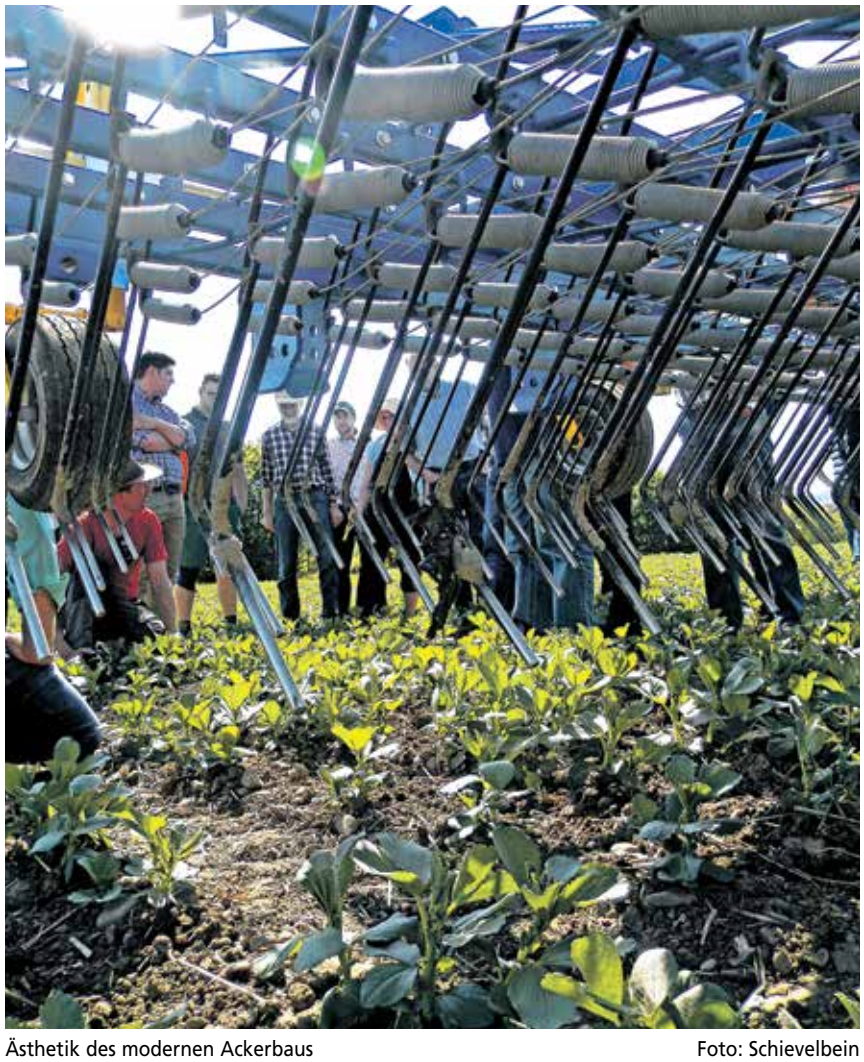
# Wieder Vielfalt üben

## Guter Ackerbau für Umwelt und Bauern ist möglich

Die Bauernfeindlichkeit der Mechanisierung der Zuckerrübe postuliert Jan Wittenberg, Bioackerbauer in dem von ihm moderierten Arbeitskreis auf der AbL-Bundesmitgliederversammlung. Stück für Stück ist den Bauern und Bäuerinnen alles aus der Hand genommen worden, von der Aussaat bis zur Ernte und Anlieferung an der Fabrik. Zudem müssen sie zulassen, dass extrem schwere Maschinen – bei in der Ernte oft auch noch ungünstigen Wetterbedingungen – ihren Boden verdichten. Und schließlich bleibt, vielleicht der bauernfeindlichste Aspekt überhaupt, den Bauern und Bäuerinnen als Arbeit mit der Zuckerrübe nur noch die von der Gesellschaft am wenigsten tolerierte landwirtschaftliche Tätigkeit des Spritzens. In Zeiten der Quote tröstete vielleicht noch der Blick auf das Konto über den Verlust von Selbstbestimmung hinweg, das ist inzwischen auch vorbei.

### Gut für alle

Ein zukunftsfähiger Ackerbau sei gut für Umwelt und Bauern, so Wittenbergs These. Für die Bauern, weil er über Vielfalt Risiken minimiert, Arbeitsspitzen bricht und gesellschaftlich anerkannt wird. So kommt eine neue Diskussion zu der inzwischen allerorten geführten Debatte um ackerbauliche Schwierigkeiten: Resistenzen, Krankheiten, und wie man sie löst. Ebenso kommt eine neue Diskussion um Glyphosat, welches inzwischen auch gesellschaftliche Ächtung erfährt, weil es für ein industrialisiertes Ackerbaumodell steht. „Eigentlich weiß jeder mit gesundem Menschenverstand, dass Ackerbau und industrielle Logik nicht zusammenpassen“, sagt AbL-Ackerbauer Franz-Joachim Bienstein. Trotzdem dominierten die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erstellten einfachen Fruchtfolgen nicht nur bei ihm in Mecklenburg-Vorpommern. Infolge von Halmverkürzungsmitteln und damit möglich gemachten hohen Gaben von Stickstoff entstehen enge Bestände, die wiederum Pilzkrankheiten fördern. Krankheitserreger und Schädlinge überdauern die wenig wechselnden Wirte in Boden und Mulch, Unkraut passt sich ebenfalls an. Am Ende können immer seltener Höchsterträge gedroschen werden und der Aufwand für chemischen Pflanzenschutz steigt immens. Alternativen werden erst gar nicht mehr ausprobiert; Wissen darüber, wie Ackerbau auch gehen könnte, verschwindet. Der chemische Pflanzenschutz, speziell Glyphosat, macht nicht wendende Bodenbearbeitungsverfahren einfach. Die sparen Geld und ermöglichen eine Legitimation des Totalherbizids als Erosionsminderungsmaßnahme. In engen, zwischenfruchtlosen Fruchtwechseln ist eine Bodenbedeckung aus glyphosatbehandeltem Nachernteauflauf eine erosionsmindernde Maßnahme, nachhaltig ist das aber langfristig nicht. Eine Lebendverbauung durch Wurzelmasse eines durch unterschiedliche Pflanzen fast rund ums Jahr bewachsenen Ackers ist erosionsmindernder. Und für den Humusaufbau ist die Einarbeitung der organischen Substanz nicht nur in die alleroberste Bodenschicht von Vorteil. Es gibt also – wie fast immer – nicht die eine Lösung, sondern einen Mix aus Maßnahmen, zu denen auch Pestizide gehören können, nicht müssen, diese sollten aber nur Notfall- und nicht Standardmaßnahme sein. Auch Glyphosat könnte eine Zukunft haben. „Man hätte ja beispielsweise den Einsatz nur alle fünf Jahre auf der gleichen Fläche zulassen können“, schlägt Bienstein vor, dann wäre es tatsächlich nur Notfallinstrument gewesen. Inzwischen ist die Diskussion wahrscheinlich müßig. Österreich hat ein nationales Verbot bereits angeschoben, Frankreich ein Ausstiegsszenario erarbeitet, bei dem es auch um eine grundsätzliche Reduktion des Pestizideinsatzes geht. Und bei uns? Bei uns ist es wichtig, jetzt nicht vornehmlich nach alternativen chemischen Mitteln zu suchen, weil sich dann doch wieder nur die Experten durchsetzen, die mit dem Argument der Erosionsminderung für enge Fruchtfolgen votieren.



Ästhetik des modernen Ackerbaus Foto: Schievelbein

### Viele Wege

Weitere Fruchtfolgen unter Berücksichtigung auch nicht nur auf den ersten Blick wirtschaftlich interessanter Glieder wie Leguminosen müssen über die Agrarpolitik gefördert werden, war sich der Arbeitskreis auf der Mitgliederversammlung einig. Es gehe darum zu gucken, was auf den jeweiligen Betrieb passe, macht Jan Wittenberg deutlich, arbeitswirtschaftlich wie auch interessenhalber und standortspezifisch. Eine Rückbesinnung auf die alte Lehre vom Wechsel zwischen Blatt- und Halmfrucht, zwischen Winterung und Sommerung und auf die Tatsache, dass man sich eben schon am Anfang der Kultur damit befassen müsse, gute Entwicklungsbedingungen herzustellen, damit nicht am Ende immer nur chemisch repariert werden müsse. Der Ökolandbau macht es vor: Weniger gedüngte Bestände sind weniger krankheitsanfällig, Unkraut wird schon mechanisch bekämpft, bevor man es sieht, angestrebt wird ein ganzjähriger Bewuchs des Bodens, um Nährstoffe und Boden zu halten und Humus aufzubauen. Das geht alles auch wieder konventionell, vor allem, wenn durch andere Vermarktungswege bessere Preise für die Ackerfrüchte erzielt werden können. Und natürlich muss nicht alles von heute auf morgen passieren, Beispiele gibt es inzwischen genug, seien es die Ackerbauern von der Nordsee, die aufgrund der Ackerfuchsschwanzproblematik Ackerbohnen in die Fruchtfolge aufnehmen und versuchen, sich eine entsprechende Vermarktung dafür aufzubauen. Oder sei es der Schleswig-Holsteiner, der mit Raps-Weizen-Weizen keine Höchsterträge mehr erzielt, weil er einen hohen Krankheitsdruck hat. Er nimmt Hafer, Gerste, vielleicht eine Leguminose und Zwischenfrüchte in die Fruchtfolge, lässt zumindest das Glyphosat auf Stoppeln weg und grubbert – und leiht sich vom Bionachbarn mal den Striegel für nach der Aussaat aus. Viele Wege führen nach Rom. „Wir müssen wieder Vielfalt üben“, sagt Jan Wittenberg, „aber dann wird der Ackerbau auch wieder interessanter.“

### Nicht langweilig

Die Gesellschaft will aber mehr, und auch Bäuerinnen und Bauern sollten mehr wollen. Die positiven Wirkungen von Randstrukturen auf die Biodiversität sind in unterschiedlichen wissenschaftlichen Studien nachgewiesen. Auch hier muss die zukünftige EU-Agrarpolitik fördern, wenn Bauern und Bäuerinnen Schläge teilen oder Blühstreifen einrichten. Dort können dann auch mal die Maschinen kleiner bleiben und den Boden weniger belasten. Sogar die Arbeitsqualität erführe – vielleicht nicht für alle, aber für einige – eine Verbesserung. Matthias Frieß-Herbst, Bauer aus Hessen, sagt lächelnd: „Auf kleinen Schlägen wird’s mir nicht langweilig.“ *cs*

Randstrukturen erwünscht Foto: Schröder/pixelio

Fortsetzung von Seite 11

den drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr genannt, die zur Finanzierung eines Umbaus notwendig sind. „Woher kommt das Geld?“, fragte der Mitautor. Bezüglich einer politischen Strategie nannte der Wissenschaftler die drei Aufgabenfelder staatliche Förderung, Kennzeichnung und Vermarktung. Mit Blick auf die GAP bezeichnete es Grethe als Skandal, dass ein Großteil der Gelder noch immer „wirkungslos verteilt“ würde. Vielmehr gebe es gute Modelle, um das Geld an Leistungen zu knüpfen und an Zielen orientiert auszugeben.

### Jamaika ist gewesen

Rückblickend zeigte sich Friedrich Ostendorff erfreut darüber, dass es in den Jamaika-Verhandlungen so schnell gelungen sei, sich beim Thema Landwirtschaft „in der Sache zu verständigen“. „Tierhaltung ist ein großes gesellschaftliches Thema“, so Ostendorff. Das sei auch im Wahlkampf immer wieder zu spüren gewesen. 900 Mio. Euro zusätzlich habe man für den ländlichen Raum und die Tierhaltung vorsehen wollen. Dass sich die Sondierungen trotz ihres Scheiterns gelohnt hätten, machte Ostendorff mit einer Anekdote deutlich. So sei die Bundeskanzlerin sehr erstaunt darüber gewesen, dass Pestizide auch in Wasserschutzgebieten ausgebracht werden dürfen. Die Politik müsse sich auf die Veränderungen einstellen. Sie müsse sich an deren Spitze setzen und dürfe es z. B. nicht dem Handel überlassen, mit neuen Anforderungen die Richtung vorzugeben, forderte der Grünen-Politiker.

### Aus der Praxis

Wie schwierig eine Neuausrichtung der Landwirtschaft, in diesem Fall der Schweinehaltung, in der Praxis sein kann, davon berichtete Neuland-Schweinebauer Martin Schulz: „Es ist schwieriger, Betriebe zu bekommen.“ Die Schweinehalter ließen sich nach Möglichkeit alle Optionen offen. Investitionen für einen Stallumbau und die Teilnahme am Neulandprogramm gingen hier schon zu weit. Vor allem die gut in die Neuland-Struktur passenden Zweihunderter-bis-Dreihunderter-Sauenbetriebe hätten zum einen keine Mittel für den Umbau, ihnen fehle aber auch das notwendige Vertrauen in den Markt und in die Politik, nimmt Schulz wahr. Gleichzeitig stünden die Betriebe in der gesellschaftlichen Kritik. Den Landwirten allein die Schuld an ihrer Situation zuschreiben will Schulz hingegen nicht. Vielmehr sei sie das Resultat einer Entwicklung innerhalb der ganzen Branche. Mit dem AbL-Punktemodell für eine Qualifizierung der Direktzahlungen machte Elisabeth Fresen einen konkreten Vorschlag, der von Professor Grethe als eine durchaus denkbare Lösung betrachtet wurde. Kritisch äußerte sich Staatsekretär Aeikens, der die Rechtssicherheit einer auf dem Punktesystem basierenden Auszahlung bezweifelte und mehr Bürokratie befürchtete, obwohl ein Großteil der im AbL-Punktesystem bewerteten Parameter schon jetzt mit dem Agrarantrag erfasst werden.

### Vielfalt, groß oder klein

Lebhaft wurden Podium und Zuhörer, als es um eine gezielte Förderung und den Erhalt kleiner Strukturen ging. Die Agrarförderung sei keine Sozialpolitik, sagte Prof. Grethe. Klein allein sei keine Qualität. Einen Kostenvorteil von 200 Euro pro Hektar sprach Aeikens den rationalisierten Großbetrieben zu und betonte die Notwendigkeit, kleine und mittlere Betriebe stärker unterstützen zu wollen. Allerdings erst nach 2020 nach der anstehenden GAP-Reform. Bis dahin will der Staatssekretär auch nicht über eine Anhebung des Aufschlags auf die ersten Hektare diskutieren.

### Boden den Bauern

Immer mehr Land wandert in die Portfolios von außerlandwirtschaftlichen Unternehmen. Durch Teilverkäufe ist es den Investoren sogar möglich, die eigentlich anfallende Grunderwerbssteuer zu sparen. Einigkeit bestand, dass diese Praktiken unterbunden werden müssen. Offen blieb, ob die notwendigen Regelungen auf Bundes- oder Länderebene zu treffen und umzusetzen sind.

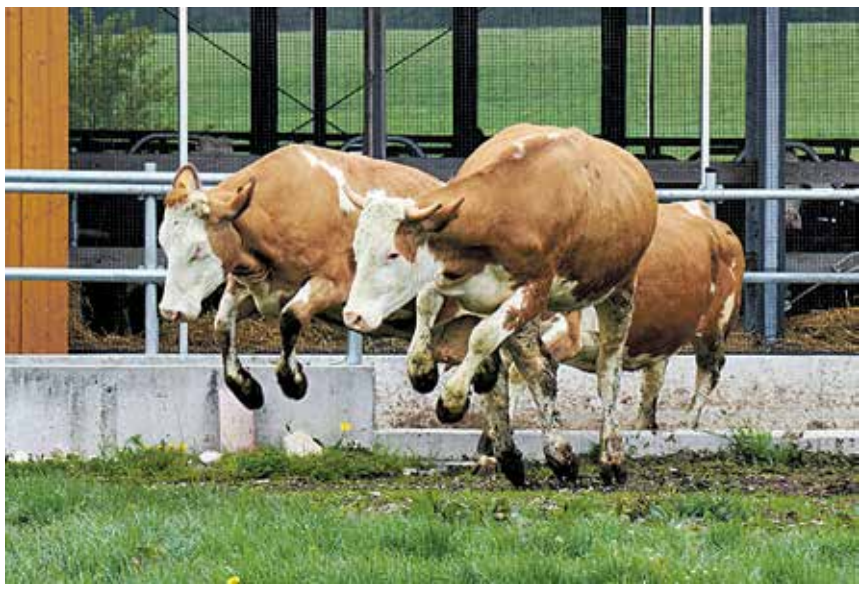
### Fazit

Klein- und mittelbäuerliche Betriebe möchte Friedrich Ostendorff von der AbL vertreten wissen und sucht gleichzeitig nach Ansatzpunkten, um den Druck für einen Umbau der Tierhaltung hoch zu halten und den Betrieben den Rücken zu stärken. Dass in großen Teilen der Gesellschaft eine falsche Wahrnehmung von Landwirtschaft existiert, findet Christiane Grefe. Mit Blick auf die Zukunft Europas mit seinen Regionen forderte sie dazu auf, die GAP als europäisches Projekt stark zu machen, europäisch zu denken und sich für ein demokratisches Europa der Regionen stark zu machen. *mn*

# Milch: Von Süd nach Nord

Praktiker treffen sich in Hofgeismar zum Austausch über aktuelle Entwicklungen und mögliche Alternativen

Aus dem ganzen Bundesgebiet waren AbL-Milchbauern nach Hofgeismar gekommen, um sich mit ihren Kollegen auszutauschen. Für die Milchbauern müsste es noch immer oberste Priorität haben, ihre Position in der Lieferkette zu stärken. Entgegen kommen ihnen hierbei die Ergebnisse, die das Bundeskartellamt in seinem Sachstandsbericht Milch zusammengefasst hat. Immer wieder machen die Kartellwächter deutlich, dass ein Sektor mit derart ungleichen Machtverhältnissen wie der Milchmarkt äußerst ungewöhnlich ist. Zwar hat, so berichtet Ottmar Ilchmann, Milchbauer aus Ostfriesland, die Aufforderung zur Neuregelung der Verträge mit kürzeren Kündigungsfristen und mehr Transparenz bei der Preisgestaltung zu Änderungen geführt. Diese seien aber – wie die Ankündigungen bei Deutschlands größter Molkereigenossenschaft, dem Deutschen Milchkontor (DMK), zeigen – noch unbefriedigend, weil nach einem Molkereiwechsel die Geschäftsanteile und damit das Kapital lange in der Genossenschaft gebunden blieben. Im politischen Spiel wechselnder Zuständigkeiten zwischen EU, Bundesrepublik und Ländern befindet sich die Forderung nach verbindlichen Verträgen, die Liefermenge, Preis, Qualitäten usw. im Vorfeld regeln. Die Regelungen, die auch den Milcherzeugern klare Mengenvorgaben und Preise vorschreiben würden, könnten dazu beitragen, eine sichere Planungsgrundlage für die Vertragspartner zu schaffen. Auf die schwankende Nachfrage bei den Molkereien könnten diese durch „häufige Nachverhandlungen“ beispielsweise halbjährlich die Liefermengen bei plus/minus gleichbleibendem Preis anpassen. Den Milchbauern würde dieses System mehr Marktverantwortung übertragen und bessere Planungssicherheit bieten. „Welche Macht hat der Einzelne?“, fragt Ilchmann und fordert die Milchbauern auf, sich zu bündeln.



Grund für Freudensprünge: faire Milchpreise, Weidehaltung Foto: Andechser Molkerei

### Heumilch im Süden

Genau das haben Bäuerinnen und Bauern in Süddeutschland getan, als sie den Wirtschaftsverein Demeter Milchbauern Süd w. V. im Juli 2013 gründeten. Inzwischen liefern 25 Betriebe 4,8 Mio. Liter Milch, berichtet Petra Müller, Gründungsmitglied und stellvertretende Vorständin des Vereins. Und das sieht nicht nur sie so. Ein besonderes Gefühl sei es, so Müller, seine Milch nicht mehr bloß abzuliefern, sondern auch für deren Vermarktung verantwortlich zu sein. „Es ist eine andere Situation, wenn man in der Genossenschaft produziert und auch für den wirtschaftlichen Erfolg der anderen Lieferanten verantwortlich ist.“ Dass vieles organisiert sein will, wird deutlich, wenn Müller von der Planung der Touren berichtet. 500 km fährt der Milchtankwagen bei einer Tour. Die Molkereien, die die Milch abnehmen, liegen glücklicherweise zum größten Teil im Liefergebiet. Und was noch ein großer Vorteil ist: Es gibt „viele“ davon. Ganz anders als in Norddeutschland, wo das DMK in vielen Regionen der einzige Abnehmer ist. Auch ist die produzierte Heumilch eine Qualitätsstufe für sich. Vermarktet werde die Heumilch und die hergestellten Produkte zum einen als Rohmilch an handwerkliche Käsereien, zum anderen über den Biogroßhandel und über REWE.

Eine Besonderheit ist sicherlich der enge Zusammenhalt in der Gruppe, die sich einmal im Monat trifft, um aktuelle Entwicklungen zu besprechen. Dabei werden die Finanzen offen gelegt und jeder Betrieb kann alle Einnahmen und Ausgaben nachvollziehen. Auf feste Mitarbeiter haben die Milchbauern verzichtet. Dafür zahlen sie sich einen Stundenlohn von 40 Euro für die Erledigung der anfallenden Büroarbeiten. „Wir hatten eine gute Zeit zum Start“, gibt Petra Müller freimütig zu. Heumilch sei als Nischenprodukt besonders gefragt gewesen. Inzwischen bezeichnet sie die Marken, die Heumilch als Rohstoff brauchen, als ihre Lebensversicherung.

### Weidemilch im Norden

Völlig andere Strukturen findet man in Norddeutschland vor. Der Konzentrationsprozess bei den Molkereien hat nur noch einige wenige, zum Teil sehr große Konzerne übrig gelassen. Während der Milchkrise sei der Biomilchmarkt nicht betroffen gewesen, so Ilchmann. Offenbar sind Qualitätsmärkte weniger von Preisschwankungen betroffen. So entstand die Idee zum Weidemilchprojekt. „Das bietet sich für uns an“, sagt Ilchmann, „wir haben viel Grünland und bei den Verbrauchern ist Weidemilch auch beliebt.“ Zudem unterstütze der frühere grüne Landwirtschaftsminister Niedersachsens das Projekt und es entstand ein breites Bündnis aus Milchbauern, Molkereien, den Futtermittellieferanten, dem Bauernverband, der AbL und Vertretern der Natur- und Umweltschutzverbände. Die zentralen Kriterien sind 120 Weidetage mit mindestens sechs Stunden Weidezeit und gentechnikfreier Fütterung. Ziel ist ein Mindestzuschlag für die Bauern von 5 Cent pro kg Milch. Noch allerdings kommt bei den Bauern nur ein Cent Aufschlag für die gentechnikfreie Fütterung an. Die für das Projekt gewonnene Molkerei Ammerland nutzt die Mehreinnahmen der höherpreisigen Weidemilch bisher, um die Werbekosten zu finanzieren. Es sei die Aufgabe des Trägervereins, der beim Grünlandzentrum Niedersachsen angesiedelt ist, die notwendige Transparenz und auch die Entlohnung der Weidemilchbauern sicherzustellen, fasst Ilchmann seine Erwartungen zusammen. Derzeit werden ca. 800 Mio. Liter Weidemilch erfasst, aber nur ein Zehntel davon als solche verkauft. Hier rechnet Ilchmann mit einem deutlich wachsenden Absatz und dann auch bald mehr Milchgeld.

### Die Kuh beschaut

Die angespannte finanzielle Situation setzt nicht nur die Menschen auf den Betrieben unter Druck, ist sich Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein, sicher. Auch die Leistungsanforderungen an die Milchkühe ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Immer mehr Milch pro Laktation, mit einem Herdendurchschnitt von über 10.000 Litern, habe zu immer größeren Kühen mit immer früherem Abgangsalter geführt, so die Holsteinerin. „Ist es ein fehlerhaftes Management oder eine inzwischen falsche Genetik, die den Tieren und Betrieben zu schaffen macht?“, fragt Wosnitza und führt durch die Anforderungen, die eine 10.000-Liter-Kuh an ihren Betreuer stellt. Viel Spielraum für Fehler, so wurde im Vortrag deutlich, lassen diese Tiere dem Betreuer nicht. Und natürlich gibt es Betriebe, die vorzugsweise in den einschlägigen Medien vorgestellt werden, denen es gelingt, den schmalen Grad zwischen maximaler Leistung, ökonomischem Erfolg und Tiergesundheit zu beschreiten. Ein Großteil der Tierhalter sei aber schlichtweg überfordert. Auch weil die Milchkühe aufgrund ihrer genetischen Festlegung als Organismus überfordert seien. Eigentlich gibt es einen gesellschaftlich und ökonomisch begründeten Druck auf Langlebigkeit, so Wosnitza. In ihrer eigenen Herde möchte die Milchbäuerin „schöne Kühe“ mit einem gutes Fundament haben. Es sei Zeit für einen Wandel. Weg von immer größeren, immer mehr leistenden Tieren, die schon jetzt nicht mehr richtig in die Liegeboxen passen. Bei einem „Weiter so!” prognostiziert die – auch im Bundesverband deutscher Milchviehhalter aktive – Milchbäuerin ein System, bei dem der Bauern seine Färsen einkauft, wenige Jahre nutzt und dann verkauft. „Hochleistungskühe zu halten und alt werden zu lassen ist etwas für Künstler – die meisten von uns sind aber gute Handwerker“, schließt Wosnitza. *mn*

# Hawaii, das Freiluftlabor der Agrarchemiegiganten

Im Urlaubsparadies werden die Sorten der Zukunft unter hohem Pestizideinsatz vermehrt

Die Pressestelle von Monsanto auf Hawaii schickt eine Wegbeschreibung: Die örtliche Polizeistation sei ausgeschildert, das Tor zum Firmengelände liege direkt dahinter. Der US-Bundesstaat Hawaii ist eine Inselgruppe mitten im Pazifik, fast 4.000 km entfernt vom amerikanischen Festland. Palmen, Sand und Hula sind meist die ersten Assoziationen mit Hawaii, kaum jemand denkt an Monsanto, Dow, DuPont und Syngenta, doch diese Agrarchemiegiganten spielen für die 1,5 Millionen Einwohner Hawaiis mindestens eine ebenso wichtige Rolle wie die acht Millionen Touristen, die jedes Jahr die Inseln besuchen. Die Agrarchemiefirmen kamen in den 90er Jahren mit dem Beginn des Biotech-Booms in der Saatgutindustrie nach Hawaii. Die Testfelder von Dow AgroScience, DuPont Pioneer, BASF und Syngenta sind vor allem auf der Insel Kauai zu finden, Monsanto konzentriert sich verstärkt auf Maui und deren winzige Nachbarinsel Molokai. Gerade die Tatsache, dass Hawaii weit abgelegen ist, macht es für die Agrarchemieindustrie interessant. Umwelteinflüsse lassen sich einfacher kontrollieren und das tropische Klima ermöglicht drei Ernten pro Jahr.

### Pestizide für saubere Bestände

Bei Monsanto gibt man sich offen, auf der Webseite werden Besichtigungstouren nach Vereinbarung angeboten. Eigens für meinen Besuch sind gleich drei Monsanto-Mitarbeiter am Morgen aus Honolulu eingeflogen. Auf Hawaii arbeite man vor allem an der Zucht von Elternlinien, erklärt Dr. Michelle Starke, Monsanto-Beauftragte für Wissenschaft und Umwelt. Monsanto verkaufe etwa 1.000 verschiedene Hybrid-Saatgutsorten, überwiegend in Nord- und Südamerika. Die eigentliche gentechnologische Forschung finde im Monsanto-Hauptquartier in Missouri statt, auf Maui gehe es lediglich darum, die perfekten Elternlinien zu züchten. Auf der Nachbarinsel Molokai würden die Elternlinien vermehrt und dann an Vertragsfarmen zum Anbau der notwendigen Mengen von Hybridsaatgut geliefert. Natürlich kämen Pestizide zum Einsatz, aber der von Monsanto verwendete Anteil sei klein. Welche Mittel die Argrarchemiefirmen wann und in welcher Menge in Hawaii einsetzen, ist ein streng gehütetes Betriebsgeheimnis. Lediglich für Pestizide, die nur unter strengen Auflagen verwendet werden dürfen (dazu gehören z. B. Paraquat und Atrazin, deren Einsatz in der EU längst verboten ist), werden monatliche Verkaufszahlen erhoben. Ex-Landrat Gary Hooser errechnete, dass auf Kauai, einer Insel, die noch nicht einmal doppelt so groß ist wie die Stadtfläche von Berlin, pro Jahr etwa 18 Tonnen registrierungspflichtiger Pestizide gesprüht werden. Dazu kommt eine unbekannte Menge nicht registrierungspflichtiger Pestizide wie Glyphosat oder Dicamba.

### Schwache Pflanzen, viele Pestizide

Wozu brauchen Agrarchemiefirmen solche Mengen von Pestiziden? Hector Valenzuela, Agrarwissenschaftler an der Universität von Hawaii, und Dr. Lorrin Pang, langjähriger WHO-Berater und Spezialist für Epidemiologie und öffentliche Gesundheit, liefern die Antwort: Elternpflanzen sollen eine extreme Ausprägung der gewünschten Eigenschaften haben, z. B. besonders hohen Ertrag, Korngröße oder niedrigen Wuchs. Solche Pflanzen sind meist schwach und anfällig, gentechnisch veränderte Pflanzen zeigen eine Abwehrreaktion wie Menschen nach einer Organverpflanzung. Andere Eigenschaften, wie z. B. Resistenz gegen Schädlinge, sind wenig ausgebildet, und gerade diese Resistenzen bräuchten besonders Maispflanzen beim Anbau in Hawaii, denn das tropische Klima ist ihnen viel zu heiß und macht sie besonders anfällig. Deshalb werden die Versuchsfelder vor der Aussaat mit Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden quasi sterilisiert. Der Aufwand lohnt sich, weil man erst nach etwa fünf Generationen sagen kann, ob eine bestimmte Eigenschaft, wie z. B. eine hohe Ertragsleistung, genetisch tatsächlich in der Pflanze verankert ist – erst wenn das der Fall ist, taugt sie als Elternpflanze. Und mit drei Ernten pro Jahr kann man auf Hawaii in eineinhalb Jahren testen, wofür man im Mittleren Westen fünf Jahre bräuchte. Um die Stabilität von durch Gentechnik geschaffenen Eigenschaften wie Glyphosattoleranz zu testen, müssen die Pflanzen zusätzlich während der Wachstumsperiode immer wieder mit dem entsprechenden Herbizid behandelt werden. Oft grenzen die Testgelände direkt an Wohngebiete und sogar Schulen. „Man macht morgens die Fenster auf und hat plötzlich diesen seltsamen metallischen Geschmack im Mund", erzählt Autumn Ness, die 2014 bei der Volksabstimmung für einen Anbaustopp von GVO-Pflanzen und für ein von der Industrie zu finanzierendes Gesundheits- und Umweltgutachten auf Maui kämpfte. Mit einem Budget von nur 200.000 US-Dollar (170.000 Euro) traten Befürworter des Anbaustopps gegen die neun Millionen US-Dollar (7,6 Millionen Euro) teure Kampagne von Monsanto an – und gewannen. Doch bereits am nächsten Tag reichte Monsanto eine Klage gegen den Volksentscheid ein und darf bis heute weiter pflanzen, testen und sprühen, das Gericht sprach dem Landkreis das Recht ab, einen Anbaustopp zu verhängen.

Eigentumshinweis der Agrarfirmen im Südwesten der Insel Kauai Foto: M.Kunz

Ähnlich erging es den Aktivisten auf Kauai, auch hier ging die Agrarchemieindustrie sofort erfolgreich gerichtlich gegen eine Richtlinie des Landkreises vor, die die Firmen verpflichtet hätte, offenzulegen, welche Chemikalien sie einsetzen, und Pufferzonen einzuhalten, damit Schulkinder weniger gefährdet sind.

### Auf Kosten der Bevölkerung

Marghee Maupin ist Gemeindekrankenschwester auf Kauai. Sie erinnert sich an den Tag, als im kleinen Ort Waimea plötzlich mehrere Kinder mit akuten Atembeschwerden direkt von der Schule in die Notaufnahme des lokalen Krankenhauses gebracht wurden. Tests ergaben später, dass direkt neben der Schule Chlorpyrifos gesprüht worden war (der Verkauf des auf das Nervensystem wirkenden Pestizids ist in der EU seit 2008 verboten). Einmal pro Woche, schätzt Marghee, kommen Patienten zu ihr, deren Symptome mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Pestizide zurückzuführen sind: Asthma, Hautausschläge, kaum zu stoppendes Nasenbluten, Kopfschmerzen mit Erbrechen, ... . Und sie betreut Krebspatienten, die Krebsrate in diesem Teil der Insel liegt deutlich über dem Durchschnitt. Sie kenne eine Großfamilie, in der 35 Familienmitglieder an Krebs erkrankt seien, erzählt Marghee, der jüngste Patient sei ein zehnjähriger Junge mit Hodenkrebs.

Einen kleinen Lichtblick gibt es, zumindest für die Menschen auf Hawaii. „Langfristig gesehen werden sich die Agrarchemiefirmen aus Hawaii zurückziehen", sagt George Kimbrell, Anwalt bei der Nichtregierungsorganisation Center for Food Safety, „sie mussten Millionen in ihre Kampagnen und in gerichtliche Auseinandersetzungen stecken, Hawaii wird ihnen zu teuer." Erste Anzeichen für einen Rückzug gibt es bereits. Autumn Ness kennt sich bestens im Gewirr der Webseiten des US-Agrarministeriums aus. Experimentelle Freilandversuche müssen die Agrarchemiefirmen beim Ministerium beantragen. „Früher stand hier als Ort für die Versuche immer HI, für Hawaii", sagt Autumn, „heute lautet das Ortskürzel PR, für Puerto Rico."

*Marianne Landzettel,*
*freie Journalistin und Buchautorin*

# Ackern, ackern, ackern... als bäuerliches Motto?

## Auf der Wintertagung diskutierte die junge AbL über Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft

Warum nur geht das Arbeiten auf dem Hof so oft mit Selbst- oder Fremdausbeutung einher? Muss Landwirtschaft das ganze Leben einnehmen, oder gibt es auch Freizeit nach dem Ackern? Ob angestellt oder betriebsleitend - gerade viele junge Menschen hadern mit dem Einstieg in die Landwirtschaft aufgrund niedrigen Auskommens und aufzehrender Arbeitsmodelle. Doch woran liegt das? Wie kann es anders gemacht werden? Bei den Planungen der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) für die Wintertagung vom 7. bis 8. Dezember in Hofgeismar kam raus, dass bei vielen das Bedürfnis besteht, über Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu reden – 40 junge Menschen folgten der Einladung und diskutierten gemeinsam die oben genannten Fragen. Schon im Vorfeld war eine Umfrage ins Leben gerufen worden: So haben auf der Webseite www.junge-abl.de Viele die Möglichkeit genutzt, den Satz "Richtige Bäuerinnen und Bauern arbeiten 14 Stunden am Tag!" mit höchstens 3 Sätzen und mit zusätzlicher Angabe von Beruf/Betriebsrichtung, Alter und Bundesland zu kommentieren.

### Bäuerliche Identität und Feierabend

Der Einstieg in das Thema bot das Diskussionsformat Fish-Bowl – 4 Akteur*innen der Arbeitswelt Landwirtschaft – eine Gewerkschaftsvertreterin, 2 BetriebsleiterInnen und ein Auszubildender - nahmen Stellung zum 14-Stunden-Tag als Leitbild der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Arbeitszeiten über 10 Stunden, keine elf Stunden Ruhezeit, das ist nicht mit den gesetzlichen Regelungen vereinbar, aber Realität. Auszubildende haben 48 Stunden im Vertrag stehen und die Landwirtschaftskammer winkt dies durch. Wissen über die eigenen Rechte ist oft nur unzureichend vorhanden und wenn, dann stellt sich die Frage, wie dies auf den Betrieben den Betriebsleiter*innen gegenüber durchgesetzt werden kann. Und auch die Betriebsleiter selbst wussten von übermäßig hohen Stundenzahlen zu berichten, von Versuchen, diese als Selbstschutz auf 50 Stunden wöchentlich einzugrenzen. Solche Schritte aber anderen Landwirt*innen gegenüber zu rechtfertigen, Zeit für andere Lebensbereiche neben der Arbeit auf dem Hof einzufordern, das stößt nicht unbedingt nur auf Wohlwollen. Woran liegt das? Bäuerliche Identität, bäuerliches Selbstverständnis mit Feierabend nach 8 Stunden und Urlaub zusammen zu denken, gestaltet sich schwierig. Eine große Rolle spielt hierbei auch die Agrarpolitik, denn ohne faire und die Produktionskosten deckende Preise ist es nur schwer möglich, sich und Anderen gegenüber faire Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Nachfolgend vertieften wir die Thematik in zwei Arbeitsgruppen. Zum einen beschäftigten wir uns mit der Seite der Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden: wie sind die Arbeitsbedingungen gesetzlich geregelt, welche unterschiedlichen Ebenen gibt es und wie ist es möglich, sich zu organisieren, um Rechte einzufordern. Die Grenze zwischen Ausbeutung und identitätsstiftender Arbeit ist oft fließend - viel an der frischen Luft sein zu können zum einen ein Privileg, zum anderen Risiko für Berufserkrankungen.

Für Perspektiven auf dem Land Foto: Schievelbein

Die andere Gruppe setzte sich mit der Frage auseinander, wie Betriebsleiter*innen Selbst- und Fremdausbeutung vermeiden und kollektive Strukturen gefördert werden können. Veränderungen auf bürokratischer und struktureller Ebene müssen her, um kreative und an die Realität angepasste Arbeitsformen zu ermöglichen. Hohe Sozialabgaben und Paragraphenzwang engen neben der Anforderung der ‚wirtschaftlichen' Produktionsweise die Entscheidungsmöglichkeiten von Betriebsleiter*innen ein. Gewünscht sind Strukturen, die ein Miteinander auf Augenhöhe innerhalb des Betriebes ermöglichen, sowie gleiche Arbeitszeiten für alle Arbeitenden und geschlechtergerechte Arbeitsverteilung.

Eine sehr spannende Tagung voller Denkanstöße, bei der klar geworden ist: Nachhaltigkeit muss sich auch in der sozialen Ebene zeigen. Denn für eine gute Landwirtschaft ist das Wohl der Tiere und die Gesundheit des Bodens genau so entscheidend wie eine Entlohnung der Betriebsleitenden und Angestellten, welche ihre Arbeit würdigt, und Arbeits(zeit)modelle, die nicht zu chronischer Überlastung führen.

*Daniel Rüde und Anna Fiebing, junge AbL*

# Einsatz für Küken und Erbsen gefragt

## Ökologische Züchtung auf der 25. Witzenhäuser Konferenz

Unter dem Titel „Die ganze Palette – Biologische Vielfalt als Stärke der ökologischen Landwirtschaft" fand die 25. Witzenhäuser Konferenz vom 5. bis 9. Dezember statt, die von Studenten der ökologischen Agrarwissenschaften organisiert wurde. „Die Natur hat die Vielfalt erfunden, um ein stabiles Ökosystem zu schaffen", brachte der biodynamische Züchter Dr. Hartmut Spieß die Wichtigkeit von Biodiversität auf den Punkt. Viele landwirtschaftliche Strukturen und Arbeitsweisen tragen nachweislich zum Diversitätsverlust bei. Beispielsweise in der Pflanzen- und Tierzucht beherrschen wenige große, international agierende Konzerne den Markt, sodass die Entwicklung von vielfältigen Sorten und Rassen nicht gewährleistet werden kann. Ein wichtiges Thema der Konferenz war die Förderung der ökologischen Züchtung, da dort oftmals keine passenden Sorten und Rassen zur Verfügung stehen.

Nach Inga Günther, Geschäftsführerin der Ökologischen Tierzucht gGmbH, werden die Missstände besonders deutlich in der Geflügelzucht, wo für die industrielle Tierhaltung zwei Typen Hühner gezüchtet werden: mit hoher Legeleistung oder große Masthühner. Aus diesem Grund werden in Deutschland jährlich etwa 40 Mio. männliche Küken, deren Mast sich nicht „lohnt", getötet. Um das zu verändern, züchtet die 2015 aus der Initiative von Demeter und Bioland gegründete Ökologische Tierzucht gGmbH Zweinutzungshühner, die Fleisch und Eier liefern können. Aber zur ökologischen Zucht von Geflügel gehört noch viel mehr. Auch die Zuchttiere sollten unter ökologischen Bedingungen gehalten werden, da nur dann gut angepasstes Öko-Geflügel selektiert werden könnte.

### Vom Tier zur Pflanze

Prof. Gunter Backes vom Fachgebiet für ökologische Agrarwissenschaften an der Universität Kassel/Witzenhausen beschrieb Ansatzpunkte zur Erzeugung von Vielfalt in der ökologischen Pflanzenzüchtung. Eine Möglichkeit sei die Verwendung von Populationssorten, die nachbaubar und genetisch vielfältiger seien, anstelle von Hybriden. Auch Artenmischungen auf dem Feld seien möglich, so würden in Südamerika traditionell Mais und Bohnen gemeinsam angebaut. Vor allem weite Fruchtfolgen mit vielen verschiedenen Kulturen seien eine Quelle der Vielfalt. Eine große Bedeutung komme ihnen auch in Bezug auf den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Pflanzengesundheit zu. Dramatisch sei es, dass auf dem Markt weniger nachgefragte Kulturen, wie z. B. Erbsen, Bohnen und Lupinen, wegen mangelnder Rentabilität züchterisch nicht bearbeitet würden.

In den beiden Vorträgen wurde deutlich, dass in der Landwirtschaft Vielfalt ein wichtiges Ziel ist bzw. sein müsste. Um dies zu erreichen, müssen wir schon ganz am Anfang ansetzen: beim Küken und beim Saatkorn, also bei der Züchtung und der Saatgutarbeit!

*Svenja Holst, AbL-Saatgutprojekt*

# Viel mehr als ein Vertrag

Persönliche Schritte für die innerfamiliäre Hofübernahme auf einem Seminar für Hofnachfolgende

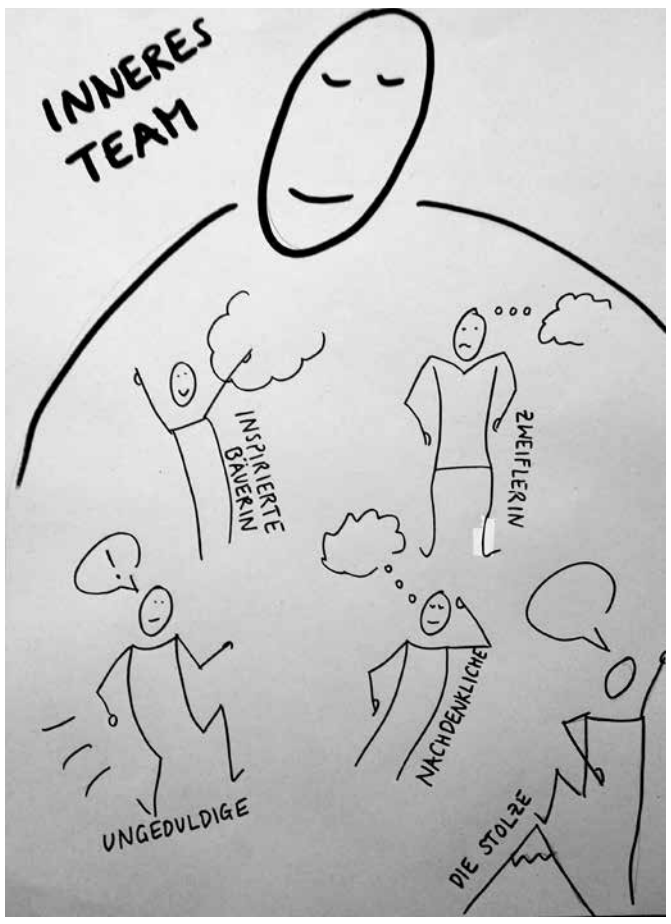
Und willst du den Hof mal übernehmen?“, ist eine Frage, die ich schon sehr häufig in meinem Leben beantwortet habe. Wenn ich erzähle, dass ich Landwirtin bin und vom Hof komme, interessiert viele Menschen, wie es mit dem Hof weitergeht. Auch wenn ich im Laufe der Zeit ganz unterschiedliche Antworten darauf hatte, so haben mich meine Gedanken dazu stets tief bewegt. Die Hofübergabe ist also weit mehr als die Unterzeichnung des Hofübergabevertrags. Aber was ist dieses „Mehr“? Können wir es benennen? Wie packen wir es an? Macht dieses „Mehr“ nur Bauchschmerzen, Streit und Tränen? Oder können wir es womöglich nutzen für uns und den Hof?

### Visionen erarbeiten

Am letzten Novemberwochenende haben wir, zwölf potentielle Hofübernehmer:innen, uns in Osnabrück auf dem Rumlerhof getroffen und das Thema innerfamiliäre Hofübernahme von vielen Seiten beleuchtet. Wir haben daran gearbeitet und uns gegenseitig beraten, uns selbst gefragt, was wir wollen. Ziel dieses Seminars war, die eigene Zukunftsversion zu entwickeln. Ein starkes Ziel, für das wir drei Tage intensiv arbeiteten. Ein tiefer Einstieg war die persönliche Selbstklärung. Was sind meine Werte? In welchen Phasen in meinem Leben konnte ich sie ausleben? Uns wurde klar, welche Voraussetzungen wir im Privaten und Beruflichen brauchen, um gut leben zu können, um unseren Werten Raum zu geben. Ein erster wichtiger Baustein war griffiger. Das „Mehr“ ist auch die Verwirklichung unserer eigenen Vorstellungen.

### Das innere Team anhören

Viele von uns konnten bei der Frage „Möchte ich überhaupt den Hof übernehmen?“ Zweifel und Wünsche der anderen teilen. Eine anspruchsvolle Frage, bei der viele Facetten unserer Persönlichkeiten laut werden. Eine Frage, die uns viel Zeit kostet und bei der wir an manchen Stellen nicht weiterkommen. Eine Frage, der wir aber nicht ausweichen können. Bei solch komplexen Entscheidungen hilft die Aufstellung des inneren Teams. Wir alle tragen ein inneres Team in uns. Die einzelnen Stimmen der Teammitglieder hören wir oftmals wirr durcheinander. Hilfreich ist, die Teammitglieder zu benennen und jede einzelne Stimme zu hören. Was sagt sie? Ist sie laut oder leise? Schweigt sie? Was ist ihr typischer Satz? Bei der Entscheidung, ob ich innerfamiliär den Hof übernehmen möchte, können viele Stimmen in mir zu Wort kommen: die Bäuerin, die sich freut, die eigenen Vorstellungen in der Landwirtschaft umzusetzen; die Zweiflerin, die sich fragt, ob sie die nötigen Fähigkeiten dazu hätte; die Freiheitliche, die sich nicht an einen festen Ort binden möchte; die Ehrfürchtige, die das Lebenswerk des Vaters bewundert; die Traditionsbewusste, die Ungeduldige, die Zuversichtliche und viele andere. Die Methode, das innere Team aufzustellen und anzuhören, kann uns bei vielen Entscheidungen helfen. Wir müssen uns Zeit und Ruhe nehmen, um alle Stimmen zu hören und um nicht nur die starken und schönen, sondern auch die unangenehmen, die neidischen und die hässlichen Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Dieses innere Team kann nun am runden Tisch über unsere Frage verhandeln. Wir können es uns wie ein reales Team vorstellen: Die einzelne Stimme kämpft für ihre Sache und ist gleichzeitig bereit, Kompromisse zu finden und Koalitionen einzugehen. Jeder Stimme wird Redezeit eingeräumt, sie wird nicht unterdrückt oder überhört. Das Team kommt zu einer gemeinsamen Lösung. Dabei können wie im realen Team nicht alle Sorgen aufgelöst, nicht alle Bedürfnisse und Wünsche erfüllt werden. Doch die Parteien können einen tragbaren Kompromiss finden. Uns selbst nutzt die Aussprache des inneren Teams nicht nur als Entscheidungshilfe, sondern sie verschafft auch Ruhe und Klarheit, da alle Stimmen angehört wurden. Mit etwas Übung kommen wir zu Lösungen, die wir tragen können und wollen.




Alle wollen gehört werden. Foto: Fresen

### Individuum, Familie und Betrieb

Neben Handwerkszeug, um mit persönlichen Herausforderungen umzugehen, lernten wir die Besonderheiten von Familienunternehmen kennen. Auseinandersetzungen in der Familie sind ein wichtiges „Mehr“ im Übergabeprozess. Wir sprachen über Generationenkonflikte, über paradoxe Gerechtigkeiten in Familie und Betrieb und über Erwartungen. Wir fragten uns, wie unsere Eltern, Großeltern und Geschwister zur Hofübernahme stehen. Was sind wohl ihre Wünsche und Sorgen? Was macht ihnen Angst? Wo haben sie Hoffnung und Mut? Aus den verschiedenen Bausteinen konnten wir uns am letzten Seminartag unseren ganz persönlichen Fahrplan der Übernahme erstellen. Dazu entwickelten wir zuerst eine Zukunftsvision und malten uns aus, wie unser Leben in fünf Jahren aussehen würde. Bunte Bilder und starke, zukunftsweisende Visionen entstanden. Anschließend beschrieben wir die einzelnen Schritte, um zu dieser Vision zu gelangen. Viele Teilnehmenden konnten in der Abschlussrunde von ihrem unmittelbar nächsten Schritt berichten. Bestärkt, visionär und mutig beendeten wir das Seminar auf dem Rumlerhof. Wie wird es mit uns weitergehen? Wie können wir unseren Mut und unsere Ideen auf die Höfe tragen? Wie können wir gemeinsam mit unseren Familien gute Wege gehen? Manches ist noch unsicher. Sicher ist, dass wir das „Mehr“ für uns nutzen können und dass wir unsere Visionen, unsere Werte und unsere Zuversicht auf unseren Höfen leben können. Wir übernehmen Höfe. Wir gestalten die Welt.

*Elisabeth Fresen,*
*Hofübernehmerin aus Niedersachsen*

## Höfe gesucht

Das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. und die Universität Göttingen wollen zusammen mit der Praxis Milchviehhaltung mit nur wenig Kraftfutter untersuchen – Kann darüber die Wirtschaftlichkeit der Milcherzeugung gesichert werden und verbessert sich damit die Artenvielfalt auf dem Grünland? Gefördert wird das Vorhaben vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums. Es werden Milchvieh-Betriebe in Grünlandregionen in Nord-, Mittel- und Süddeutschland gesucht, die Dauergrünland bewirtschaften und bei denen in den letzten Jahren weniger als die Hälfte der sonst praxisüblichen Kraftfuttermenge verfüttert wurde (D.h. weniger als 150 Gramm pro kg Milch, z.B. weniger als 900 kg Kraftfutter pro Kuh und Jahr bei einer Milchleistung von 6.000 kg oder 1.200 kg bei einer Leistung von 8.000 kg). Auf den teilnehmenden Betrieben werden Vor-Ort-Befragungen durchgeführt und betriebswirtschaftliche Kennzahlen erfasst. Hinzu kommen botanische Erhebungen auf den Grünlandflächen.

*Kontakt: Dr. Karin Jürgens, Tel. 05592/927567, kj@agrarsoziologie.de, Prof. Onno Poppinga, Tel. 05673/3540, rondopopp@t-online.de*

# Zeit für Beziehung zum Tier

Im äußersten Zipfel von Niedersachsen hält Familie Grünhagen Neuland-Sauen

Die Tiere stehen im Mittelpunkt hier auf dem Hof von Christian und Christine Grünhagen im niedersächsischen Wendland. Und mit Mittelpunkten kennt man sich hier aus, liegt doch der Betrieb im Rundling von Güstritz, also jener ursprünglichen, für die Region typischen Dorfstruktur, bei der sich die Wohnhäuser im Rund gruppieren und sich die Hofstellen mit ihren Nebengebäuden tortenstückähnlich nach hinten öffnen. Eigentlich sind es immer Fachwerkhäuser, die mit ihren Giebeln ein kariertes Panorama um den Dorfplatz bilden. Das Haus der Grünhagens ist anders. Es ist ein verziertes Backsteinkleinod mit Zinnen und Erkern und Schnörkeln und Bordüren und sieht aus, als würde es eher ins ferne Lüneburg gehören. Ja, lächelt Christian Grünhagen, daran hätten sich damals die Erbauer dann auch übernommen. Seine Großeltern kauften das inzwischen denkmalgeschützte Ensemble mit Kuh-, Pferde-, Schweineställen und einer Scheune 1936, da die Flächen ihres ursprünglichen Hofes auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes bei Bergen im Kreis Celle lagen. 1993 übernahmen er und seine Frau den Betrieb mit 20 Kühen und einer kleinen zehnköpfigen Schweineherdbuchzucht. 1998 wurden die Kühe abgeschafft. Knapp zehn Jahre später sei ihnen klar gewesen, dass sie so nicht weiter machen konnten, sagt Christine Grünhagen: „Wir wollten aber auch nicht einfach in den konventionellen Größenordnungen wachsen.“ Dafür hätte man den Stall aus dem Dorf aussiedeln müssen und es hätte ein Vielfaches mehr an Tieren bedeutet, die – so der Anspruch der Grünhagens – artgerecht untergebracht und gut betreut werden sollen. Das lasse es nicht zu, so Christine Grünhagens Überzeugung, „die Bestandsgröße ins Unendliche zu steigern“.

## Zahlenspiele

So stießen die Grünhagens auf das Neuland-Programm und die damals noch im nahen Bad Bevensen ansässige Beratungs- und Vermarktungsorganisation dazu. Berater Bernd Kuhn entwickelte gemeinsam mit ihnen ein Konzept für 60 Sauen, mit einem Abferkelstall in den alten Stallgebäuden direkt am Wohnhaus, den Aufzuchtferkeln im ehemaligen Kuhstall und einem Neubau für die nicht ferkelführenden Sauen und einen Eber hinter dem eigentlichen Hofkomplex. Die Devise ist: viel Umnutzung und Pragmatismus gepaart mit höchstmöglichen Tierwohlansprüchen. Die Ferkelaufzuchtbuchten sind zum Teil offene Außenklimabuchten mit viel Stroh und beheizten Tränken, in denen der Liegebereich durch abgehängte Decken Nestcharakter bekommt. Der Abferkelstall war hingegen nur ohne Auslauf realisierbar, die potentiell durchbrechbare Wand steht auf der Grundstücksgrenze. So fiel die Abwägung – Nähe von Mensch und Tier gegen Außenklimareize auch für die ferkelführenden Sauen und jungen Ferkel – gegen letztere aus. Die Abferkelbuchten sind „nur“ strukturiert in einen Nestbereich für die Sau, ein Ferkelnest und den Mistgang. Da dieser auch planbefestigt, nicht zugig oder auch nur kälter als der Rest der Bucht ist und als einziger Ort in der Bucht eine lange, gerade Wand bietet, nutzen ihn gerade die Sauen mit größeren Ferkeln, um einem offensichtlich vorhandenen Bedürfnis nach dem Liegen an so einem Ort nachzukommen. Im eigentlichen Nestbereich können die Sauen diagonal oder entlang eines Abweisbügels an der Wand liegen. Dass die Sauen oft im Mistgang liegen, ist natürlich nicht so gewünscht. Gleichzeitig zeigt es, welche Kleinigkeiten von Stallbaulösungen gerade im Bereich des freien Abferkelns beeinflusst werden. Auch nackte Zahlen spielen eine Rolle, die Abferkelbuchten der Grünhagens sind 6,75 Quadratmeter und damit mehr als zwei Drittel größer als konventionelle Kastenstandbuchten. Für eine Bucht zum freien Abferkeln war das 2009 ein guter Schnitt. Inzwischen sind die Sauen wie auch die Erkenntnisse größer geworden, so dass heute kaum noch jemand unter sieben Quadratmetern bleiben würde. Und genau das ist auch die Schwelle, ab der noch die rot-grüne niedersächsische Landesregierung und ihr Landwirtschaftsminister Christian Meyer zum Ende seiner Amtszeit eine Förderprämie für Sauen in freier Abferkelung eingeführt haben. So wird aus nackten Quadratmeterzahlen bares Geld, das die Grünhagens nun gerade nicht bekommen. Trotzdem geht die betriebliche Rechnung für die Ferkelerzeugung auf, zumindest seit die Neuland-Vermarktung in Norddeutschland nach den Turbulenzen mit Betrug, Geschäftsführerrausschmiss, Insolvenz und Neuanfang seit Anfang 2016 wieder in ruhigerem Fahrwasser schwimmt. Sie ziehen 23 Ferkel pro Sau und Jahr auf und haben, wie inzwischen fast alle Ferkelerzeuger, Last mit zu großen Würfen und damit oft auch sehr unterschiedlich großen Ferkeln. Die Preise seien mit 100 Euro pro Ferkel noch grenzwertig, aber das Geld komme pünktlich, damit seien sie schon zufrieden, konstatieren die in ihren ersten Neuland-Jahren in der Hinsicht nicht verwöhnten Grünhagens. Allerdings denkt gerade Christine Grünhagen manchmal darüber nach, was denn wäre, wenn sie damals nicht als mitarbeitende Ehefrau in die Schweinehaltung eingestiegen wäre, sondern als ausgebildete Lehrerin Kindern statt Ferkeln ins Leben helfen würde. Aber, sagt sie, die Kredite liefen und Schule sei schließlich auch nicht immer nur Spaß. Das Angebundensein sei anstrengend.

Die Grünhagens und eine ihrer Sauen Foto: Schievelbein

## Kompromisse

Zwar wächst Sohn Carsten mit 27 Jahren und einer landwirtschaftlichen Ausbildung und dem Meisterkurs in den Betrieb rein – ob er ihn irgendwann wirklich weiterführt, ist nicht ausgemacht. Ein Jahr wie dieses, welches in der Region für katastrophale Ernte- und Herbstaussaatbedingungen gesorgt hatte, macht Landwirtschaft nicht attraktiver. Auf 130 ha Acker bauen die Grünhagens Stärkekartoffeln, Zuckerrüben, Raps, Getreide an. Vor allem „die Männer“ sind für den Ackerbau zuständig. Sie tun sich schwer mit dem von Neuland verordneten Glyphosatverzicht. Christian Grünhagen sagt, er könne verstehen, wenn es bei einem konventionellen Tierhaltungsprogramm darum gehe, dass kein mit Glyphosat kurz vor der Ernte behandeltes Stroh in den Ställen eingestreut werden solle. Und er betont auch, dass das Mittel zu viel verwendet werde. Manchmal allerdings will auch er nicht darauf verzichten müssen „bei Durchwuchskartoffeln oder viel Quecke“. Gerade der Ackerbau lässt die Grünhagens auch nicht wirklich ernsthaft über eine Umstellung auf Bio nachdenken. „Dann müssten wir Marktfrüchte anbauen und vermarkten“, sagt Grünhagen, während sie jetzt alles ablieferten und Futter von einem Neuland-zertifizierten Werk kauften. „Auch in Bio muss man richtig gut sein, um etwas zu verdienen“, ist Christine Grünhagens Beobachtung bei den vielen Biobetrieben, die es in der Gegend gibt. Am Ende passen die artgerechte Tierhaltung und Neuland ganz gut zu den Grünhagens. „Man muss eben überall Kompromisse machen“, sagt Christine Grünhagen. Und dass sie froh sei, diese nicht in Bezug auf die Bestandsgröße gemacht zu haben. „Ich kraul auch noch mal hier oder da ‘ne Sau, die Zeit muss drin sein.“ Und dann mache es eben einen Unterschied, ob man 60 oder 260 Tiere halte. *cs*

# Der Aufwand hat sich gelohnt!

## Thüringen fördert keine Mega-Ställe mehr

Ein Stall unter der Förderobergrenze Foto: Stephan/BLE

Nach knapp drei Jahren rot-rot-grüner Regierung in Thüringen wurde nun nach langem Gezerre eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Ab 2018 beendet der Freistaat „den Zubau großer Intensivtierhaltungsanlagen“. In konkreten Zahlen bedeutet dies: Neubauten und Kapazitätserweiterungen in Ställen von mehr als 600 Rindern (inkl. Nachzucht, Winterställe für Mutterkühe sind wegen der Weidehaltung ausgenommen), 15.000 Legehennen und 3.000 Mastschweinen müssen nun ohne Steuergelder auskommen; Umbauten zum Wohl der Tiere bleiben auch in größeren Anlagen förderfähig. Aus bäuerlicher Sicht sind diese Zahlen natürlich immer noch gigantisch, für ostdeutsche Verhältnisse ist dies aber schon fast eine Revolution! Dies ist auch der Grund, warum Bauernverband und Co. bis zuletzt alles versucht haben, diese Regelung zu kippen. Im Gleichschritt mit einigen alteingesessenen VertreterInnen der Ministerialbürokratie, die Rot-Rot-Grün nur allzu gerne als Betriebsunfall aussitzen würden, wurden alle erdenklichen Hebel bewegt, die Förderung weiter auszahlen zu können. Hier eine kurze Chronik:

– Januar 2017: Der rot-rot-grüne Koalitionsarbeitskreis beschließt einstimmig, die schon erwähnte Klausel aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, und beauftragt das Landwirtschaftsministerium mit sehr konkreten Vorgaben.

– März 2017: Nichts passiert.

– Mai 2017: Immer noch passiert nichts. – Die Abgeordneten werden ungeduldig und fordern die Umsetzung ihrer Vorgaben bis zur Sitzung des ELER-Begleitausschusses im Juni.

– Juni 2017: In quasi letzter Minute präsentiert das Ministerium einen eigenen Vorschlag. Der entspricht zwar formal den Vorgaben, die Tierzahlen sind aber so weit nach oben geschraubt, dass sich de facto nichts ändern würde. In einer stürmischen Sitzung fordern die Abgeordneten von der Hausleitung des Ministeriums die wirkliche Umsetzung ihres Auftrages, die AbL Mitteldeutschland demonstriert mit Treckern vor der Sitzung des ELER-Ausschusses (die Bauernstimme berichtete) – der Vorschlag wird zurückgezogen.

– Juli 2017: Mitten in der Urlaubszeit lädt das Ministerium zu einem Verbändegespräch ein und präsentiert einen Vorschlag, der fast dem der Abgeordneten entspricht. Der Bauernverband erscheint mit insgesamt 18 Gliedorganisationen (inkl. z. B. dem Verband der Jagdgenossenschaften …), um den „gesellschaftlichen“ Widerstand zu demonstrieren.

– September 2017: In einer sehr emotionalen Sitzung des ELER-Begleitausschusses wird der Vorschlag diskutiert und anschließend nahezu unverändert an die EU weitergeleitet.

– November 2017: Die EU-Kommission akzeptiert die Änderungen und gibt grünes Licht.

Hätten wir das nicht einfacher haben können? Das frage ich mich, wie schon so oft. So viel Papier, so viele E-Mails, so viel Lebenszeit so vieler Menschen in Sitzungen, usw., usf. Aber offensichtlich setzt sich das Gute und Sinnvolle eben leider nicht von alleine durch – streiten wir also dafür, es lohnt sich!

*Reiko Wöllert,*
*AbL Mitteldeutschland*

# Bauernverband für neue Gentechnik

## Alles harmlos, bloß nicht Kennzeichnen und Bauern und Verbraucher im Unklaren lassen

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat Anfang Dezember ein zweieinhalbseitiges Positionspapier zu den „neuen Züchtungsmethoden im pflanzlichen Bereich“ veröffentlicht, das von allen Präsidenten der Landesverbände unterzeichnet wurde.

Für den DBV sind die „neuen Züchtungsmethoden“, wie er sie bezeichnet, „nicht mit der konventionellen Gentechnik vergleichbar. Deshalb ist auch der strenge Regulierungsrahmen des Gentechnikrechts ungeeignet“. Weiter heißt es im Papier: „Fielen diese neuen Werkzeuge in den Regulierungsrahmen der Gentechnik (…), würde dies das Aus für deren Anwendung in vielen kleinen und mittelständischen Züchtungsunternehmen bedeuten“, da der „erhebliche Aufwand für ein einzelnes Zulassungsverfahren“ für diese nicht finanzierbar sei. „Hinzu kommt, dass die Anwendung dieser Methode nicht nachweisbar ist bzw. nicht erkennbar ist, ob eine Veränderung des Genoms auf klassisch züchterischem Weg oder über die neuen Methoden erreicht worden ist.“ Laut DBV komme es „nicht nur auf die Methode an, sondern auch auf das entstandene Produkt”.

### Entscheidend ist das Verfahren

Zwei Rechtsgutachten von Spranger und Krämer zeigen, dass die neuen Verfahren eindeutig unter die bestehende Gentechnikregulierung, die EU-Richtlinie 2001/18/EG, fallen. Laut Definition ist ein GVO „ein Organismus, dessen genetisches Material so verändert worden ist, wie es auf natürliche Weise durch Kreuzen und/oder natürliche Rekombination nicht möglich ist“. Dabei spielt es nach Meinung der Juristen keine Rolle, dass Mutationen als solche durchaus vorkommen. Entscheidend sei, dass die mittels neuer Techniken bewirkten Veränderungen, „die in dieser Weise in diesem konkret zur Beurteilung anstehenden Organismus mit Sicherheit nicht aufgetreten wären“ zielgerichtet vorgenommen werden, so Spranger,. Gerade aufgrund der Zielgerichtetheit fallen die neuen Techniken also unter die Gentechnikregulierung. Zudem ist die Freisetzungsrichtlinie prozessorientiert – sie reguliert Organismen, die durch einen bestimmten Prozess erzeugt werden. Anders als der DBV behauptet, betrachtet die Richtlinie nicht ausschließlich das Endergebnis des Prozesses, sondern die Absicht ist, bestimmte Verfahren zu regulieren, die in der Lage sind, ein Risiko für die menschliche Gesundheit und Umwelt darzustellen. Dabei ist bei der Einstufung nicht entscheidend, ob der veränderte Organismus von einem natürlich mutierten Organismus unterscheidbar ist oder nicht. Vielmehr ist die Lieferung eines Nachweisverfahrens eine Voraussetzung für die Genehmigung der Freisetzung eines GVOs.

### Patente

Der DBV lehnt in seinem Papier Patente auf Pflanzen und Tiere grundsätzlich ab. Dies gelte „auch und insbesondere im Zusammenhang mit den neuen Züchtungsmethoden“. Doch schon jetzt werden zahlreiche Patente auf die neuen Genom-Editing-Verfahren angemeldet und erteilt. Es ist davon auszugehen, dass die neuen Gentechnikverfahren zu einer neuen Patentierungswelle führen werden. Das wird und ist bereits jetzt das eigentliche Problem für kleinere und mittlere Züchter, die bei anstehenden Patentstreitigkeiten finanziell, aber auch ressourcentechnisch, nicht mithalten können. Schon jetzt gibt es einen eskalierenden Patentstreit unter den Erfindern von CRISPR-Cas. Der globale Saatgutmarkt zeigt, dass Patente ein wesentlicher Treiber von Konzentrationen sind und nicht die Regulierungsauflagen wie im Bereich der Gentechnik.

*Annemarie Volling,*
*Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

*Eine ausführlichere Argumentation findet sich unter http://www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-publikationen/.*

# Der Handel macht Agrarpolitik

Die Schweinebranche vor dem Umbruch - ein Auszug aus dem kritischen Agrarbericht 2018

Seit Jahren kommen Umfragen immer wieder zu dem gleichen Ergebnis. Die große Mehrheit der deutschen Verbraucher wünscht, dass es den Nutztieren gut geht. So gaben z. B. 2015 bei einer Befragung des Bundesumweltministeriums 93 Prozent der Teilnehmer an, dass ihnen das Wohl der Nutztiere „wichtig“ sei, 65 Prozent sogar „sehr wichtig“. Selbst wenn es bei vielen nur Lippenbekenntnisse sein sollten, denen kein Kaufverhalten folgt, ist doch ein relevanter Teil bereit, mehr Geld für Fleisch und Wurst auszugeben, wenn es den Tieren wirklich besser geht als in der heute üblichen konventionellen Tierhaltung.

Professor Spiller von der Universität Göttingen hat bereits vor zehn Jahren daraus den Schluss gezogen, dass bis zu 20 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher bereit seien, mehr Geld für Fleisch zu zahlen, wenn es den Tieren nützt und das Fleisch deutlich gekennzeichnet ist. Er sprach in diesem Zusammenhang vom Marktversagen. Eine beinharte Kritik, die die Branche und den Handel bis ins Mark trifft . Halten sie sich doch zugute, dass man immer und überall alles kaufen kann. Marktversagen in unserer hocheffizienten und hocherfolgreichen Marktwirtschaft – unglaublich.

### Der wirtschaftliche Druck steigt

Seit dem Einzug der Discounter in die Fleischvermarktung zu Beginn des Jahrhunderts hat sich der Fleischmarkt gewandelt. Der Anteil des Selbstbedienungssortiments ist erheblich gestiegen. Nach anfänglichem Rückzug der Supermärkte aus dem Thekenverkauf gingen sie anschließend wieder in die Offensive. Die Fleischtheken in den Supermärkten wurden größer und vielfältiger als zuvor. Gleichzeitig wurde Fleisch immer mehr als Sonderangebotsprodukt entdeckt, mit dem die Kunden ins Geschäft gelockt werden konnten. Die Margen wurden immer enger. Nach Auskunft vieler Supermarktbesitzer werden an mehr als der Hälfte der Fleischtheken rote Zahlen geschrieben. Gerade die Sonderangebote reißen große Löcher in die Kassen. Nach Aussagen vieler Marktexperten werden über 50 Prozent des Fleisches an den Bedienungstheken über Angebote „verhämmert” (ein REWE-Manager). Nicht nur beim Schwein – laut Frank Greshake, Marktexperte der Landwirtschaftskammer NRW, gehen „rund 80 Prozent des Rindfleisches im Lebensmitteleinzelhandel als Aktionsware über die Theke”. Zugleich bejammert die Schlachtbranche die äußert geringen Margen. Eingeweihte sprechen von einem Cent pro Kilogramm bei Schweinefleisch. Das Geschäft werde mit Nebenprodukten wie Pfötchen, Schwänzchen für China, fetten Bäuchen für Südkorea, Blut und anderen Produkten für die Pharmaindustrie gemacht. Und natürlich mit immer schärferen Rationalisierungen bei Schlachtung und Zerlegung – zum Leidwesen der Arbeiter, deren Löhne und Lebensbedingungen sich dadurch weiter verschlechtern. Manche Chancen liegen vielleicht noch in der Vertiefung der Wertschöpfungsketten (Fleisch- und Wurstwaren, Convenience). Aber auch die eher mittelständische Fleischwarenindustrie befindet sich in einem tiefen Strukturwandel, dem allein 2017 mehrere bekannte Marken zum Opfer fielen bzw. von der Zurmühlen-Gruppe (Tönnies) übernommen wurden. Wolfgang Ingold, Geschäftsführer der Firma Wiltmann, spricht von existenzbedrohenden Problemen der deutschen Wursthersteller in der „Sandwich-Position” zwischen Schlachtbranche und Handel. All diese Entwicklungen werden begleitet und verstärkt durch einen deutlichen Absatzrückgang von Schweinefleisch in Deutschland, laut Agrarmarkt-Informationsgesellschaft (AMI) 2017 voraussichtlich 15 Prozent weniger als 2011. Ist es nicht berechtigt, von einem kranken System zu sprechen, wenn weder Bauern (80 Prozent weniger Schweinebetriebe als 1995!), Handwerk/Verarbeiter, Industrie noch Handel wirklichen Nutzen ziehen – außer den Konkurrenzkampf zu verschärfen und Unternehmenswerte zu vernichten? Und der Verbraucher sich zugleich abwendet durch Kaufreduktion, Vegetarismus, Veganismus und Kritik an Fleischqualität und Massentierhaltung? […….]

### Der Handel als Treiber der Politik

Die eigenen Probleme führen den Einzelhandel dazu, aus den eigenen Doktrinen auszubrechen. Und er beginnt die Ansprüche aus der Gesellschaft aufzunehmen und nicht mehr auf die Politik zu warten. Dabei haben NGOs wie Greenpeace oder der Deutsche Tierschutzbund – vermittelt über die Medien – einen erstaunlichen, vor Jahren undenkbaren Einfluss. Gentechnikfreie Milch bei Lidl und Aldi, ungekürzte Hühnerschnäbel bei REWE oder nur noch betäubte Kastration von Schweinen bei Edeka sind Beispiele für Veränderungen, die die berufsmäßigen konservativen Agrarpolitiker unter dem Eindruck der Agrarlobby nicht oder nur sehr zögerlich angehen. Über den Weg der Politik konnte die Agraropposition bzw. das AgrarBündnis diese Veränderungen nicht oder nur sehr viel langsamer durchsetzen. Plötzlich ist der zu Recht lange und heftig kritisierte Lebensmitteleinzelhandel oder Discount der Treiber für Tierschutz, Umweltschutz oder wirkliche Nachhaltigkeit. Das ist gewöhnungsbedürftig und durchaus kritisch zu begleiten. Der Auftritt bei der Initiative Tierwohl war anfangs durchaus innovativ, gerät aber unter der Kontrolle des Bauernverbands zunehmend zum Alibi, um ordnungsrechtliche Maßnahmen abzuwehren.

Man muss feststellen, dass zurzeit und zur großen Überraschung vieler Agrar- und Handelskritiker die Musik der Veränderung (winds of change) im Handel spielt. Er setzt seine Richtlinien und Fristen für Bauern, Molkereien und Fleischindustrie – weil sich ohne diesen Druck so schnell nichts ändern würde. […….]

Auch wenn der Handel aus der Not heraus und aus eigenem Interesse zum agrarpolitischen Akteur wird, darf man sich nicht täuschen lassen. Der Einzelhandel hat seinen Charakter nicht grundlegend geändert. Er ist nicht vom Saulus zum Paulus geworden. Der Discount ist nach wie vor der „Billigheimer“, der seine Kostenführerschaft jeden Tag beweisen will. Und die Edekas und REWEs werden permanent ihre Macht ausspielen und die Marktmechanismen diktieren. Die Bauern müssen höllisch aufpassen, dass sie nicht auch auf den „neuen“ Märkten unter die Räder kommen. Ausgenutzt im Tierwohllabel wäre auch nicht besser als ausgenutzt für den Export oder die Billigaktionen.

### Differenzierte Märkte

Es bleibt dabei: Die Intransparenz kann nur die Politik aufheben. Es braucht dringend die ordnende Hand der Haltungskennzeichnung. Ansätze sind in der Erarbeitung des staatlichen Tierwohllabels bereits da. Aber wenn sie nicht klug zu Ende geführt werden, drohen sie im Dickicht der unterschiedlichen Interessen der Agrar- und Fleischlobby zu versumpfen. Damit ist weder den Bauern noch dem Handel noch den Verbrauchern geholfen. Umso mehr ist eine Nutztierstrategie mit den Bauern für differenzierte Märkte unabdingbar. […….]

Inwieweit differenzierte Märkte für wie viele Schweinebauern ein Weg sein können, ist offen. Nur der Strukturwandel der letzten 25 Jahre mit dem Verlust von 80 Prozent der Betriebe ist wahrlich keine Erfolgsgeschichte für die Bauern.

Und dass man ethische, ökologische und soziale Vorstellungen eher über den Markt und den Handel umsetzen kann, dafür sprechen unsere bisherigen Erfahrungen nicht wirklich. „Der Markt hat keine Moral”, lehrte schon Adam Smith vor über 200 Jahren. Aber die herrschende (Agrar-)Politik der letzten Jahrzehnte hat uns auch nicht mit Hoffnung erfüllt. Vielleicht ist es einen Versuch wert.

*Hugo Gödde,*
*Neuland-Vermarktungspionier*

*Dieser Text ist eine gekürzte Version. Den vollständigen Text und viele weitere gibt es im neuen kritischen Agrarbericht 2018 - unbedingt lesenswert!*

*Schwerpunkt: Globalisierung gestalten*
*336 Seiten, ISBN 978-3-930413-63-8, 24,- €*
*Zu beziehen über den AbL Verlag und den Buchhandel*

Leserbrief Die neue Düngeverordnung – Was geht's mich an?!

1986 trat ich als passives Mitglied Bioland bei, seit unserer Hofübernahme 1991 betreibe ich mit meiner Familie biologisch-organischen Landbau und damit ziemlich genau das Gegenteil dessen, was vom Staat (Vertreter unserer gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung) seit dem Zweiten Weltkrieg gefordert und gefördert wurde. Über Schwierigkeiten gesellschaftlicher, kollegialer, praktischer und materieller Art will ich mich hier nicht äußern. Ich darf doch aber wohl klar feststellen, dass es mein stetes Betreiben war, die natürlichen Lebensgrundlagen – dazu gehört zuvorderst ein sauberes Trinkwasser – zu schützen, eine lebendige, lebenswerte, zukunftsfähige (Um-)Welt zu erhalten, immer den Satz „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen" im Hinterkopf. Damit war ich zumindest lange Zeit mit den Berufskolleginnen und -kollegen im Verband gut aufgehoben und glaubte mich auch politisch vertreten. Vor vier Jahren wechselte ich zum Biokreis, da sich Bioland in einer Weise großen Strukturen (200 Kühe und mehr) öffnete, wie ich es nicht mehr vertreten wollte – heute muss ich leider zweifeln, ob das ein sinnvoller Schritt war, da der allgemeine Trend eindeutig in diese Richtung geht und auch nicht mehr hinterfragt wird.

Unserer Prognose folgend verschlechterte sich der allgemeine Umweltzustand in den letzten 30 Jahren zunehmend – insbesondere auch der des Grundwassers. Nun, da die Bundesrepublik auch schon von deftigen Strafzahlungen aus Brüssel betroffen ist, hat man, ohne dass die Vorgängerversion je umgesetzt worden wäre, nun eine neue Fassung der sogenannten Düngeverordnung verabschiedet: ein absolut bürokratisches Monster, ein Minenfeld, das nicht wirklich zu kontrollieren ist, das in vielen Teilen nicht wissenschaftlich begründet ist und zu Lasten der kleineren bäuerlichen Struktur gehen wird.

Durch größere Strukturen wird die eingesetzte Technik ebenfalls immer größer, schwerer und teurer, das Bodengefüge wird zunehmend überlastet, die Wasser- und Nährstoffaufnahme erschwert, die Stickstoffeffizienz vermindert, das Grundwasser wird stärker belastet usw. Sehenden Auges und mit großer Schicksalsergebenheit beteuern unsere „bäuerlichen" Vertreter, dass sie dagegen nichts ausrichten können und so wird die „Kreislaufwirtschaft" zwischen Gesetzgeber und Industrielobbyisten weiterhin die einzige sein, die sehr effizient funktioniert!

Ich kann und will nicht gegen meinen Verstand arbeiten, ich werfe auch nicht alle Erfahrungen und das ganze Wissen, das ich mir erwarb, zugunsten einer in vielen Teilen nicht fachlich begründbaren Düngeverordnung über Bord, sondern werde weiter so wirtschaften, wie ich es der kommenden Generation gegenüber verantworten kann – da ist mit dem Begriff „Gute fachliche Praxis" alles umschrieben. Wer mir Unfug zum Schaden der Allgemeinheit plausibel nachweisen kann, darf mich gerne strafen. Eine zunehmende Staatsverdrossenheit kann ich vor dem Hintergrund dieser Regelungswut nicht mehr kompensieren!

*Klaus Vidal,*
*89284 Pfaffenhofen*

Leserbrief zum Artikel: „Das Klima wird rauer" in 11/2017

Das Klima ändert sich, das liegt in der Natur der Sache oder in der Sache der Natur. Schenkt man dem allgemeinen Trend Beachtung, wird es aber nicht rauer, eher milder, von mir aus auch hitziger. Nichts aber im Vergleich zur allzu hitzig geführten Debatte um Wetterextreme und – wenn man den Aussagen im Artikel glauben will, bald fast täglich auf uns zukommende Verwüstungen und Schlammfluten. Am Schluss wenden sich dann auch noch die Elemente gegen uns und alles versinkt im Chaos – welch eine Perspektive und atemberaubender apokalyptischer Alptraum. Am besten auswandern, in eine Gegend mit absoluter Klimagerechtigkeit: In der Sahara herrscht (noch) immer gleiches Klima, dort geht es demnach sehr gerecht zu, nur mit Landwirtschaft (auch bäuerlicher) wird es dann nicht mehr weit her sein… Fakt ist: Vor gar nicht allzu langer Zeit warnten die Klimaforscher noch vor einer globalen Abkühlung, die kleine Eiszeit im Mittelalter (mit ganz anderen Sündenböcken als heute), stellte die damalige Bevölkerung vor enorme Schwierigkeiten, von denen wir uns in unserer übersättigten Gesellschaft nicht einmal ansatzweise eine Vorstellung machen können. Es ist nun überhaupt nicht meine Absicht, die globale Erwärmung zu leugnen oder zu bagatellisieren, nur das blinde Vertrauen in Computermodelle und das Verkennen der Tatsache, dass, wer dem wissenschaftlichen Mainstream folgt, auch mit Forschungsgeldern, Lob und Anerkennung überhäuft wird, finde ich äußerst fragwürdig. Alle sind betroffen und schockiert, die „Ökos" haben's eh schon immer gewusst und das Damoklesschwert des Weltuntergangs hängt nur noch am dünnen Faden der alljährlichen Weltklimakonferenzen, die ja nüchtern betrachtet zunächst einmal eine weltweite Ressourcenvernichtung (unter dem Deckmantel der Weltrettung) darstellen. Alle müssen anreisen, natürlich zumeist per Flugzeug, denn man darf ja keine Zeit verlieren, fünf nach zwölf ist es eh schon. Für das gute, grüne Gewissen lässt man dann irgendwo ein paar Bäume pflanzen und alles ist schnell wieder neutral und klimafreundlich. Nur die Bauern kommen mit dem Schlepper, gemessen am $CO_2$ – Ausstoß pro Kilometer vermutlich noch fragwürdiger als Flugreisen… Wenn man sich die Mühe macht einmal ernsthaft nachzudenken, kommt man vielleicht zu der Feststellung, dass nur Lebensstile nachhaltig sein können (Niko Paech lässt grüßen). Und wenn wir von unseren 11 Tonnen $CO_2$ pro Jahr und Person (in Deutschland) auf rund 3 Tonnen (für das vielgepriesene 2°C-Klimaziel) runter wollen, sollten wir zunächst einmal ernsthaft unsere Lebensgewohnheiten hinterfragen, statt den schwarzen Peter immer der Politik oder der Wirtschaft zuspielen zu wollen. Als Landwirt ist man dabei in einer hervorragenden Position, man darf die Natur und damit auch das Klima als Partnerin betrachten und nicht als unheilvolle, chaotische Macht, die nur nach Zerstörung trachtet. Die (bäuerliche) Landwirtschaft hat die kleine Eiszeit überstanden, sie hätte das Potenzial auch einer globalen Erwärmung zu trotzen, wenn man sich die Vielseitigkeit und die Fähigkeit bei Schwankungen mitzuschwingen nicht von Beratern und (auch mit Modellen arbeitenden) Ökonomen abschwatzen hat lassen.

*Thomas Brass,*
*35581 Wetzlar*

**Bestellcoupon**

**...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de**

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe** ❑ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 24,00 Euro ❑ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € ❑ € ❑ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

**Das wahre Landleben!**

**Bücher:**

.... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
.... 11,00 € - Bauernparty
.... 11,00 € - Nützt ja nix
.... 11,00 € - Schubkarrenrennen
.... 11,90 € - Der Wollmützenmann
.... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
.... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

**CD:**

.... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
.... 10,00 € - König Silo
.... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
.... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
.... 9,50 € - live im Lutterbecker

**Bodenpolitik in Ostdeutschland**

.... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
.... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

**Aktuelle Broschüre**

.... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

**Hofschilder und Poster**

... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
.... je zzgl 5,50 € € Versand

**Junge Landwirtschaft:**

.... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
.... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

**Bitte Adresse einsetzen:**:

_____

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt
Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.
Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

# (Klein) Anzeigen

**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben.
Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Januar ist der 22. Januar 2018**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

## Hof und Arbeit

• **Landwirtin (47)** sucht Stelle im Haushalt auf landwirtschaftlichen Öko-Gemischtbetrieb. Biete langjährige Erfahrung in Haushalten auf ldw. Betrieben (Betriebshilfsdienst) und mein Engagement für den Ökolandbau.
☏ 01525/1455653

• **Fachfrau für Touristik** und Fremdsprachen sucht berufliche Herausforderung auf Öko-Weingut oder Ausbildungsstelle zur Biowinzerin.
☏ 0176 77 42 98 83oder
languages.worldwide@yahoo.de

## Tiere

• **Ruhiger Milchrindbulle,** 4 Jahre alt, ungekört, kleine Kälber, gute Milchleistung, zu verkaufen. Näheres unter ☏ 038797 52296

## sonstiges

• **Ackerstatus** gesucht in BW 0,3 - 1 ha für Gemüse Solawi.
solawibaldenhofen @posteo.de

• **Fleckviehzüchter Gbr sucht** fahrbereiten Fiat-Agri F 140, gleicher Typ als Ersatzteilspender vorhanden. Nord Westbrandenburg ☏ 03876 / 61 36 49.

# Veranstaltungen

Solidarische Landwirtschaft – sich die Ernte teilen

**Gemeinsam für eine bäuerliche Landwirtschaft mit Zukunft!**
*24.01.2018*

**Fachtag Solidarische Landwirtschaft**

Erzeuger-Verbraucher-Kooperationen nach dem Modell der Solidarischen Landwirtschaft werden für immer mehr kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe eine interessante Alternative, um ihre Existenz zu sichern. Immer mehr Verbraucher*innen wünschen sich ein transparentes, faires und nachhaltig produzierendes Lebensmittelsystem.

Eine Veranstaltung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft in Kooperation mit dem Bundesverband der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), dem Demeter e. V. und der Schweisfurth Stiftung

Anmeldung bis zum 20.1.2018 unter:
www.solidarische-landwirtschaft.org/fachtag
Veranstaltungsort:
Belle Etage in der Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstr. 8 // 10117 Berlin
Unkostenbeitrag: 10,- €

AbL Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Solidarische Landwirtschaft – sich die Ernte teilen

**Wertschätzung leben**
*9. - 11. 02. 2018*

**Frühjahrstreffen des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft**

Wie können wir die Arbeit in der Landwirtschaft so gestalten, dass sie uns ernährt und erfüllt und den Werten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft entspricht? Wie lassen sich landwirtschaftliche Arbeit und menschliche, individuelle Bedürfnisse heute miteinander vereinbaren?

Ort: ev. Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald
Anmeldung: www.solidarische-landwirtschaft.org/de/mitmachen

## Zum 75. Geburtstag die besten Wünsche!

Wir gratulieren Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf zum 75. Geburtstag und wünschen alles Gute! Bleib gesund und lass uns gemeinsam weiter für eine bäuerliche Landwirtschaft streiten.
Es grüßen herzlich der AbL-Bundesvorstand und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AbL e. V. und der AbL Bauernblatt Verlags GmbH.

### Hoffest mit Eselwanderung
*06.01.2018, Ertingen*
Das Hoffest der Familie Lange startet mit einer Eselwanderung von Ertingen nach Riedlingen. Filmvorführung und gemütliches Beisammensein stehen ebenfalls auf dem Programm.

Treffpunkt bei Joachim Lange, Kapellenstr. 23, 88521 Ertingen um 10.00 Uhr. Unkostenbeitrag: 10,-€
Information und Anmeldung:
lange__joachim@web.de

### Agrarindustrie die Stirn bieten
*20.01.2018, Berlin*
8. „Wir haben es satt" Demo

www.wir-haben-es-satt.de, Treckeranmeldung: braendle@wir-haben-es satt.de.

### Bioschwein gesucht
*23.01.2018, 15.00 Uhr*
Besuch auf dem Demeterbetrieb Krämer, Herrnberchtheim 178
Anschließend: *19.30 Uhr* Vortragsveranstaltung in Ulsenheim, Lindenhof. Referenten: Prof. Dr. Pflanz, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf; NN, Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall; Wolfgang Krämer, Biolandwirt.

### AbL Bauern-Stammtisch
*01.02.2018, 20 Uhr, Berlin*
AbLerinnen und AbLer aus Berlin und Umgebung laden zum ersten Bauern-Stammtisch: Wir wollen uns kennenlernen und schauen welche Themen uns derzeit bewegen und was wir ggf. anpacken möchten. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Ort: Dorfkrug Kladow, Alt-Kladow 23
14089 Berlin

### Betriebskontrollen
*05.02.2018, 20 Uhr, Schernberg*
Häufige Beanstandungen bei Betriebskontrollen und wie Landwirte vorbeugen können. Referenten: AELF AN: Bereichsleiter LW Hr. Kerwagen, AELF WUG: Fr.Alberts, Veterinäramt Ansbach.

### AbL NRW Projekt Saatgut
*27.02.2018, Bad Sassendorf*
Auftaktveranstaltung zum Projekt: „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand". Wie können wir widerstandsfähiges, vielfältiges, regional angepasstes, nachbaufähiges Saatgut fördern? Auswirkungen von Konzentrationen auf dem Saatgutmarkt und Saatgut-Recht. Vorträge und Diskussionen u.a. mit Pflanzenzüchtern, Saatgut- Vermehrern und Erhaltern, Landwirten und Gärtnern.

Information und Anmeldung: AbL NRW, Svenja Holst, holst@abl-ev.de, 02381-9053170

### AbL Vorankündigung Jahresmitgliederversammlungen

*Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland*
*25.02.2018*

*Landesverband Mitteldeutschland*
*25.02.2018*

*Landesverband Baden-Württemberg*
*11.03.2018*

*Landesverband Bayern*
*11.03.2018*

## Impressum

unabhängige Bauernstimme

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld


## Bundeskontakte

**Bundesgeschäftstelle:**
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

**Internationale Agrarpolitik:**
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein
**Geschäftsführung**:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

### Niedersachsen
**Geschäftsstelle:** Lea Unterholzner, Tel: 04239-9440056; info@abl-niedersachsen.de
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
**Südnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
**Weser-Ems:** Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg
**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen
**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
**Herford:** Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
**Köln/Bonn**: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen
**Geschäftsstelle:** Christian Vieth, Weingasse 10, 36199 Rotenburg a.d.Fulda, Tel: 06623 9157 386, hessen@abl-ev.de
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland
**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg
**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
**Bodensee:** Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß: Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

### Bayern
**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
**Geschäftsstelle**: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de; Konrad Zanklmaier, Tel.: 08725-304, Tel. 08725/304, konrad.zanklmaier@t-online.de
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de, Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512;
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp[at]web.de, Hans Zacherl Tel. 08146/9127; hanslangwied@gmail.com
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de, Gabriel Deinhardt, Tel: 09194/8480, gabriel.deinhardt@gmx.de
**Erding–Ebersberg**: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de; Elisabeth Reis, Tel. 08091-4144; Max.reis@t-online.de; Mathias Lohmeier Tel. 08081-938335; mathias.lohmeier@gmx.de
**Bayerisch-Schwaben**, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de, Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt
**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
**Sachsen Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
**Thüringen:** Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

**Ich möchte Mitglied in der AbL werden** und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ❑ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 107,00 Euro
- ❑ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 142,00 Euro
- ❑ Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- ❑ Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 52,00 Euro
- ❑ Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 77,00 Euro
- ❑ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- ❑ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
  ❑ 30,-€ ❑ 50,-€ ❑ 70,- €

*Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.*

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis):_____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

# Egal wie: Ab nach Berlin!

Es geht mir wie vielen anderen Bäuerinnen und Bauern: Ich blicke mit gemischten Gefühlen auf das Jahr 2017 zurück. Hier bei uns im Norden war es nass wie noch nie. Mais, Rüben und Kartoffeln konnten kaum geerntet werden; über die Herbstbestellung schweige ich lieber, und auf meinem Betrieb warten heute, am 19. Dezember, immer noch acht Hektar Feuchtgrünland auf den zweiten Schnitt. Und ich bin nicht der einzige, dem es so geht. Im Wochenblatt stand neulich die Empfehlung, überständige Bestände dann wenigstens zu mulchen, wenn es befahrbar sei, beispielsweise auf Frost. Den Begriff musste ich erst mal googeln, bevor ich ihn verstand. Stimmt, da war mal was, so etwas gab es früher mal.

Aber es gab auch gute Neuigkeiten. Großartige Neuigkeiten. Mein Sohn Peer hat gesagt, er wolle den Hof übernehmen, irgendwann, und seine schwedische Freundin Jacqueline hat Bock auf und Ahnung von Landwirtschaft. Ich wusste natürlich vorher, dass solch eine Nachricht Gefühle in mir auslösen würde, gute Gefühle. Aber dass die dann so super sein würden, hatte ich kaum geahnt. Es geht weiter! Yippie! Dennoch war ich als Bauer (und Mensch) in diesem Jahr auch Hohn und Spott ausgeliefert. Hätte ich nicht für möglich gehalten. Traf mich unvorbereitet. Der Grund: Ich habe einen Trecker gekauft. Zum ersten Mal in meinen neunzehn Jahren als Bauer habe ich mir selbst einen Trecker gekauft, von meinem eigenen geliehenen Geld! Es ist – zugegeben – ein kleiner Trecker. 72 PS. Bis 1983 wäre das auf unserem Betrieb der größte Trecker gewesen; bis dahin hatten wir als Hauptschlepper einen Fendt mit 65 PS. Bis mein Vadder einen Hunderter kaufte. Stolz wie Oskar war er damals und fuhr jeden Sonntag, nach allen Seiten huldvoll winkend, wie Queen Mum durchs Dorf.

Einen voll analogen Trecker wollte ich haben. Schon bei Autos nervt mich das kolossal, wenn ich andauernd angefiept werde, was alles nicht in Ordnung ist und wie lange die letzte Wartung her ist und was für Quatsch noch mehr. Und mit Schrecken hörte ich immer die Stories von Kollegen mit hypermodernen Digitalschleppern, die sofort in Notbetrieb gehen, sobald nicht mehr genug Energydrinks im Kühlholm stehen. Und dann muss erst mal der Monteur kommen, Laptop anschließen, Störung löschen, so ein Scheiß.

Dann kam ich irgendwann im Mai mit meinem voll analogen neuen 72 PS-Trecker auf den Hof gefahren, und meine Frau fing an zu lachen! Und als sie sich wieder eingekriegt hatte, sagte sie: „Der ist ja süß. Wächst der noch?“ Wie zufällig kam dann gerade meine älteste Tochter vorbei, stieg aus und rief: „Oh, Baby Trecker! Darfst du schon alleine raus? Wo ist denn deine Mama?“ Und so ging es weiter. Unser jüngster Sohn fand, das sei ja mal ein großer Rasenmähertrecker, und tat so, als suche er zwischen den Achsen nach den Messern, und Peer fand ihn „ganz niedlich“, wunderte sich dann aber, wo die Pedalen zum Treten seien. Außerdem fragte er, wann denn der „echte Trecker“ komme. Und mein Mitarbeiter lachte erst, baute dann den Schwader an und wollte ihn anheben. Alles, was passierte, war: Der Trecker ging vorne hoch. Da musste ich gleich wieder los, Frontgewichte besorgen.

Naja, und das waren nur die Reaktionen in meinem persönlichen Umfeld. Was die Kollegen im Dorf über mich und meinen neuen Trecker sagten, wenn ich nicht dabei war, will ich lieber gar nicht wissen. Mein Mitarbeiter brachte die Sache jedenfalls irgendwann auf den Punkt: „Du willst doch im Januar bloß mal mit nem heilen Trecker nach Berlin fahren. Mit TÜV, mit Heizung, mit Garantie.“ „Quatsch!“, sagte ich, „Die Trecker, mit denen ich in Berlin war, hatten alle schon mal TÜV. Und Heizung. Und Garantie.“

Trotzdem, vielleicht ist etwas dran. Immerhin verfügt der kleine Trecker altersbedingt noch über eine gewisse Grundsauberkeit. Zum Beispiel kann man ohne Probleme durch die Scheiben gucken. Und das ist in der Stadt durchaus von Vorteil.

Wie dem auch sei: Wichtig ist, nach Berlin zu fahren und zu zeigen, dass wir da sind, dass es uns noch gibt, dass wir einstehen für eine gute Landwirtschaft, ganz egal, wie die Wahlen ausgegangen sein mögen. Eine gute Landwirtschaft mit vielen Bäuerinnen und Bauern, freundlich zu Tieren und Natur. Besonders freue ich mich auf das große Transparent an dem einen Trecker, jedes Jahr wieder: GLÜCKLICH OHNE GLYPHOSAT!

Denn genau das bin ich: Glücklich ohne Glyphosat. Ganz egal, wie groß mein Trecker auch sein mag. Hoffentlich springt mir auf der Demo niemand auf die Transportkiste in der Dreipunkt, dann kommt Baby Trecker nämlich vorne hoch. Vielleicht sollte ich lieber noch schnell in ein paar Frontgewichte investieren. Kann die Liebste mir gut zu Weihnachten schenken, auf die letzte Minute…

Egal wie: Wir sehen uns in Berlin! Es ist wichtig! Kommt alle!

*Matthias Stührwoldt,*
*Milchbauer aus Schleswig-Holstein*


**unabhängige bauernstimme: für Durchblick**

01/2018

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,– € im Jahr.
- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für ❑ 6 oder ❑ 12 Monate verschenken.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse | Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname | Name, Vorname

Straße | Straße

PLZ, Ort | PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen | email/Fax

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnnenten (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers) | Datum | Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221